

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Abonnements
werden beim Verlag und dessen
bekanntesten Agenten entgegen-
genommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Bierteljahrespreis von:
Mk. 4.40 für Deutschland (direkt
per Brief-Geldwert)
desh. 2.75 für Oesterreich (direkt
per Brief-Geldwert)
Schll. 2. — für alle übrigen Länder
des Weltpostvereins (Kreuzband).
Zufuhr
die Verlagshaus Postzettel
3 Pence — 25 Pf. — 30 Sch.

No 40.

Wiesle an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich vertriebenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schide man sich die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Postadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

1. Oktober 1888.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

An unsere Leser.

Wie in Nr. 39 mitgeteilt, erscheint vom Anfang Oktober d. J. an unser Blatt unter der veränderten Adresse unseres Verlages:

German Cooperative Publishing Comp.
Nr. 114, Kentish Town Road Nr. 114
in
London N. W.

Inbegriffen ist unter dieser Firma das gesammte seitherige Verlags- und Kommissionsgeschäft der Volksbuchhandlung in Hottingen-Zürich, dessen Vertrieb für die Schweiz unser Genosse C. Konzett als

Zentrale der „Arbeiterstimme“ in Zürich

übernommen hat und unsere Schweizer Abonnenten zc. promptest versorgen wird.

Der Preis des Blattes bleibt sonach für die Schweiz, an obiger Stelle bezogen, wie bisher per Post-Kreuzband **Fr. 2.** — per Vierteljahr, **baar vorauszahlbar.**

Ebenso erfolgen alle Schriftentlieferungen daselbst **nur gegen Baarvorauszahlung.**

Alle **außerschwizerischen** Bestellungen sind fernerhin nur an unsere **Londoner Geschäfts-Adresse** und diejenigen **Dezadressen** zu richten, mit welchen wir, wenn nöthig, unsere Freunde versehen werden.

Weitere **Veränderungen** im seitherigen Haupt-Geschäftsverlehr finden nicht statt.

Für direkten Bezug ist alles Nähere am Kopfe des Blattes ersichtlich.

Außerhalb Deutschlands und Oesterreichs bediene man sich der Londoner Verlagsadresse.

Diese, sowie alle Dezadressen bitten wir nur in Lateinschrift und stets deutlich zu schreiben, namentlich die Hausnummer **genau** anzugeben.

Tauschblätter sende man von jetzt ab an die vorerwähnte Adresse.

Für Redaktion und Expedition Bestimmtes ist stets auf getrennte Blätter zu schreiben.

Jederlei Privatinschriften sind unbedingt **doppelt** zu konvertieren, ob sie unter unserer Geschäfts- oder unter Dez-Adresse gehen.

Neues **Schriften-Verzeichniß** ist in Vorbereitung.

Der Vertrieb des „Sozialdemokrat“ erleidet durch die Ueberfiedlung hierher keinerlei Störung; wir rechnen auf energische Weiterverbreitung des Blattes und unserer Literatur und werden das Vertrauen und die Hilfe unserer Genossen in jeder Hinsicht zu erwidern wissen.

Der Feigheit und Verfolgungswuth unserer Feinde sollen wir auch ferner den Muth und die Unbeugsamkeit entgegen, die wir aus dem Bewußtsein schöpfen, für eine weltbewegend gerechte und große Sache den Vorpostendienst einer opfermüthigen, überzeugten und gewaltigen Kämpferschaar versehen zu dürfen.

Unsere Freunde und Feinde sollen sich also in uns nicht täuschen.

London, Ende September 1888.

Die Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat“.

Wider die Volks-Aus hungerer.

Gurrah, Brodsoß und — Deutschland.

Die Geduld des deutschen Volkes ist gegenwärtig einer harten Probe ausgesetzt, von der wir zu seiner Ehre hoffen und erwarten, daß es sie nicht bestehen wird.

Es hat sich viel bieten lassen. Es hat ein Polizeigesetz über sich ergehen lassen, wie es ein zivilisiertes Volk, das sich selbst achtet, auch keine Stunde dulden sollte, daß es sich gefallen läßt, daß man, um ihm den Segen guter Getreide-Ernten darzuentsagen, auf die Brodfrüchte einen Zoll legte, wie ihn in gleicher Höhe kein zweites Land kennt, und nun, wo statt guter Ernten daheim und in der Mehrzahl der andern Länder Miskerniten vorliegen, nun soll es gar noch dulden, daß dieser Zoll nach wie vor forterhoben wird, daß die Armen und Enterbten zu Gunsten der Reichen und Bevorzurechten ausgehungert werden? Nein, das wird es nicht, das darf es nicht, es wäre ein zu schmählicher Verrath an seinem guten Recht, an seiner Pflicht als Hüter der eigenen Interessen.

Deutschland hat die höchsten Kornzölle der Welt. Sie wurden verhängt, als es sich angeblich darum handelte, die nothleidende Landwirtschaft vor dem Ruin zu bewahren, hauptsächlich aber, um verpekulirten Grundbesitzern auf die Strümpfe zu helfen, den überflüssigen Landjunkern die Mittel zu verschaffen, ihr Lotterleben „standesgemäß“ fortführen zu können. Der Agitation für diesen edlen Zweck entstammt das jynische Wort von dem „Fluch guter Ernten“. Ständen die Frommen im Lande nicht auf Setzen der Junker, sie hätten jetzt die schönste Gelegenheit, in ihren Predigten die jetzige Mißernte als eine „Strafe des Himmels“ für dasselbe aufmarschieren zu lassen, aber wenn sie sie schon als Strafe gelten lassen, so im Gegentheil als Strafe für das sündige Volk. Wir können die Lesart diesmal gelten lassen, denn erstens sind es die Volksmassen und nicht die Junker, die unter der Mißernte zu leiden haben, und zweitens ist es wirklich eine Sünde und Schande, daß sich das deutsche Volk die Junkerwirtschaft gefallen läßt, die heute in Deutschland an der Tagesordnung ist. Möge es daher die andbrechende Theuerung als eine Warnung betrachten und sich aufraffen, Buße zu thun, aber nicht in Saß und Nüße, sondern durch kräftiges Auflehnen gegen seine Aus hungerer und deren Helfershelfer, durch eine Protestbewegung, so energisch und eindringlich, daß diese sich gezwungen sehen, ihren frechen Uebermuth zu zügeln und seinem Verlangen nachzugeben.

Schon werden aus allen Theilen Deutschlands beträchtliche Preiserhöhungen für das wichtigste Nahrungsmittel des Volkes, das Brod, gemeldet, und doch stehen wir erst im Anfang der Krise, die der Ausfall der diesjährigen Getreide-Ernte zur Folge haben wird, unter der „moralischen“, nicht der faktischen Wirkung derselben. Noch sind die Vorräthe der letzten Jahre nicht erschöpft, noch sind die Magazine mit Brodform angefüllt, aber schon hat die bloße Kunde, daß dreizehn Staaten, darunter hervorragende Ackerbaustaaten, wie Oesterreich, eine Erntedefizit und nur sieben einen Ernteüberschuss haben, genügt, um die Korn- und Mehlpreise in die Höhe zu schnellen, daß der Weizen auf den deutschen Plätzen heute um zirka 25, der Roggen um zirka 40 Mark per Tonne höher notirt ist als im Vorjahr. Dem entsprechend ist fast überall das Brod um zwei Pfennige und mehr per Pfund gestiegen. Bei einem Verbrauch von drei Pfund Brod pro Tag, wie er durchschnittlich angenommen wird, bedeutet das für eine Arbeiterfamilie von fünf Köpfen eine jährliche Mehrausgabe von über 21 Mark über den schon jetzt dem Junkerthum gezahlten Tribut hinaus.

Aber das ist nur der Anfang. Schon bereiten sich die Kornjunker vor, den Segen der schlechten Ernte nach allen Regeln der Kunst auszubreiten. Eines ihrer Organe, die „Deutsche landwirthschaftliche Zeitung“, fordert in einer Besprechung der diesjährigen Getreide-Ernten die „Landwirthe“ auf, das Ihrige nicht zu billig loszuschlagen, sondern „hübsch zu Rathe zu halten“, damit sie nicht später gezwungen werden, theuer wieder einzukaufen. Mit andern Worten, sie sollen ihr Getreide hübsch aufspeichern, bis sich der wohlthätige Einfluß des Ernteaussfalls, der für den Weizen allein von den Fachleuten auf 18 bis 20 Millionen Hektoliter geschätzt wird, nach allen Richtungen hin fühlbar gemacht haben wird. Ehedem nannte man das **Kornwucher** und brandmarkt es mit der allgemeinen Verachtung, Lynchte auch gelegentlich die gar zu unverschämten Mitglieder dieser Kunst, im verheerenden Stöckerland dagegen hat man es fertig bekommen, das Wort Wucher auf die Möglichkeit billiger Zufuhren anzuwenden und die Vertheuerung des Brodes als „praktisches Christenthum“ zu verherrlichen. In dem mag man zehnmal die Noth Reichtum nennen, man hebt damit doch ihre Wirkungen nicht auf, und das Ansehen eines Nothstandes, um auf Kosten der Armen Reichthümer zusammenzuscharren, ist und bleibt nichtswürdiger Wucher und wird als solcher von der Masse auch empfunden.

Wäre die Regierung Deutschlands wirklich, was sie zu sein behauptet, die Hüterin der Interessen des kleinen Mannes, so hätte angesichts der Preissteigerung des Getreides ihr erster Schritt der sein müssen, schleunigst die Aufhebung der Getreidezölle auf die Tagesordnung zu setzen. Die Ueberjuchwemmung Deutschlands mit billigen ausländischem Getreide, gegen die sie angeblich gerichtet waren, ist eine Unmöglichkeit geworden, dagegen ist es dringend geboten, Deutschland bei Zeiten mit genügenden Vorräthen zu versehen, um das Volk den Ernteaussfall nicht zu hart empfinden zu lassen. Ist es nicht ein Skandal, daß während Deutschland diesmal getreidelos sein wird, blos an Weizen 12 bis 13 Millionen Hektoliter aus dem Ausland zu beziehen, um seinen Verbrauch zu decken, die enormen Getreidezölle ruhig fortbestehen, Dank denen der Weizen an den deutschen Handelsplätzen gegen 40 Mark, Roggen gar gegen 60 Mark per Tonne theurer ist, als auf den Stapelplätzen des Weltmarktes? Das beweist mehr als alles andere, daß nicht die Interessen der Armen, Nichtbesitzenden, sondern die Interessen der Reichen, der Grundbesitzer bei der deutschen Regierung den Ausschlag geben. Nur ihnen allein kommt dieser Ausschlag zu gute, eine Steuer von sechszig Prozent, die der Arme von jedem Bissen Brod, den er zu sich nimmt, an den frechen Landjunkern zahlt, der ihn dafür politisch unterdrückt und gemeinsam mit den Rittern

vom Schlot die Polizeifuchtel brutaler Ausnahmegeetze über seinem Haupte schwingt.

Wir sind keine Nichts-als-Freihändler, wir bilden uns nicht ein, und wollen auch dem Volk nicht vormachen lassen, daß mit der bloßen Aufhebung der Kornzölle ihm bereits geholfen wäre, daß überhaupt der Freihandel im Getreide ihm eine Sicherheit gewähre gegen wucherische Ausbeutung, ganz abgesehen davon, daß mit dem billigen Brod die soziale Frage überhaupt noch in keiner Weise gelöst ist. Auch der schönste Freihandel schützt nicht vor Wucher mit den Volksnahrungsmitteln, wie ein Blick auf die Länder des Freihandels zeigt. Eine Regierung der Armen würde also neben der Aufhebung der Getreidezölle auch sofort eine Reihe positiver Maßregeln zur Sicherung der Volksernährung treffen, für reichliche Zufuhr sorgen zc. zc. Das von dem jetzigen Hohenzollern-Regiment zu erwarten, hieße Trauben von den Dornen lesen wollen, und es als Volksforderung zu postulieren, dazu sind die Verhältnisse noch nicht gediehen. Wozu sie aber reich sind, was das Volk verlangen und bei der nöthigen Energie auch durchsetzen kann, das ist die schnellste Aufhebung der Kornzölle.

Es genügt nicht, wie es der bürgerliche Liberalismus thut, die vertheuernde Wirkung der Getreidezölle in der Presse bloßzulegen, es gilt, das Volk aufzurufen zum Kampf gegen seine Aus hungerer. Wenn dem Bürgerthum der Muth dazu fehlt, so müssen die Arbeiter die Initiative dazu ergreifen. Sie sind in erster Reihe dabei interessiert, ihnen macht sich die Brodvertheuerung am empfindlichsten fühlbar, sie haben alle nachtheiligen Folgen derselben mit verdoppelter Wucht zu tragen, und wenn ihre Löhne überhaupt unter dem Einfluß vertheuerter Lebensmittel steigen, so nie in gleicher Höhe und erst nach unfählichen Leiden und entzagungsvollen Kämpfen. Es ist ihr gutes Recht, sich bei Zeiten gegen eine weitere Niederdrückung ihrer ohnehin elenden Lage zur Wehr zu setzen. Und kein Gesetz, das ihnen dabei im Wege steht. Sollte man es aber wagen, Versammlungen mit der Tagesordnung „die Kornzölle und die Brodpreise“ auf Grund des Schandgesetzes zu verbieten, nun so würde das zwar seiner Entstehung nur würdig sein, aber auch den besten Beweis liefern, daß sein Zweck nicht ist, Umsturz zu verhüten, sondern dem schmutzigen Treiben der gewerbsmäßigen Volksaus hungerer Vorschub zu leisten.

Auf denn, deutsche Arbeiter, zur Agitation gegen die Hungergesetzgebung. Mähet Euch bei Zeiten, auf daß Ihr nicht hinterher die Geprallten. Jetzt ist der rechte Moment, Eure Stimme zu erheben, das Volk um Euer Banner zu schaaren. Schon habt Ihr, schon haben die Massen die ersten Früchte der schamlosen Interessenpolitik, die heute in Deutschland unter dem schützenden Fittich einer reaktionären Regierung betrieben wird, zu kosten bekommen, zeigt, daß Ihr nicht gewillt seid, sie ruhig hinzunehmen, Euer trauriges Loos nicht verschlechtern zu lassen. Zeigt Euren Drängern, daß Ihr es müde seid, auf Euch herumtreten zu lassen, erhebt lauten Protest gegen das System, das den Stimmen der Reichen so schnell Gehör schenkt, als sie klagen, daß sie bei den niedrigen Kornpreisen nicht bestehen können, das heißt, nicht genug Profit erzielen, das aber Augen hat, um nicht sehen, Ohren, um nicht zu hören, wo das Lebensinteresse des arbeitenden Volkes auf dem Spiele steht, das keine Hand von selbst rührt in einem Mament, wo es bereits erwiesen ist, daß eine Theuerung im Ausmarsch ist. Duldet es nicht, daß ein anmaßendes Junkerpaß aus Eurer Haut Riemen schneidet, daß Ihr darben müßt, damit sie fette Gewinne einstreichen.

Es liegt an Euch, und man wird Euch hören, man muß Euch hören!

An der Schwelle des Sozialismus

So überschreibt die Londoner „Ball Ball Gazette“ einen merkwürdig vernünftigen Artikel über die immer mehr um sich greifenden kapitalistischen „Ringe“. Unse Leser wissen, daß wir von jeder den Standpunkt haben, daß die Aneinanderbindungen des Großkapitals, ob sie nun die bloß zeitweilige Regulierung der Produktion oder die Schaffung großer Monopole zum Zweck, naturnothwendig der von uns Sozialisten erstrebten Bergesellschaftung der Produktion in die Hände arbeiten, und daß wir daher, bei aller gebührenden Würdigung der edlen Motive, die dabei in den meisten Fällen obwalten, sowie der lauberen Manipulationen, mit denen die „Ringe“ ihre menschenfeindlichen Pläne durchsetzen, weit entfernt, ihr Entstehen kleinbürgerlich zu bejammern, es vielmehr mit Bewunderung zu begrüßen haben. Fast zu demselben Resultat kommt jetzt das liberale englische Blatt, und wir können es uns daher nicht versagen, seinen Artikel als ein beachtenswerthes Symptom der bürgerlichen Kreise hier abzuheben.

Nach einigen einleitenden Worten über die Profitbewegung in Amerika gegen das dortige Trustsystem, das entwickelte System der kapitalistischen „Ring“-Bildung, fährt die „Ball Ball Gazette“ fort: „Was uns andrerseits, so empfinden wir keine Beunruhigung, sondern nur Interesse und Neugierde. Wenn es sich nicht um eine bloß vorübergehende Sache handelt, so hat es den Anschein, als ob die Nationalisierung oder wenigstens Munizipalisierung der Produktionsmittel sehr leicht dadurch erreicht werden kann, ausarbeiten läßt. Das amerikanische Trustsystem, welches Präsident Cleveland mit so unaussprechlichem Eifer bestritten, und das dessen Gegner, mit Ausnahme von Herrn Blaine, ebenfalls brandmarkt, führt an die Thürschwelle des Sozialismus. Es ist die Nationalisierung der Produktionsmittel, aber nicht im Interesse der Nation, sondern zum Vortheil der Mitglieder des Rings oder der „Vereinigung“, mit andern Worten der Privatkapitalisten, die sich vereinigen, um sich alle Vortheile eines Monopols zu sichern und das

Publikum aller günstigen Wirkungen der Konkurrenz zu berauben. Sobald es erwiesen ist, daß die modernen Erleichterungen im Verkehr dies möglich machen, und die Erfahrung hat gezeigt, daß sich die Menschen so in unsere neuen Bedingungen hineingefunden haben, daß eine erfolgreiche Leistung solcher Unternehmen praktisch möglich ist, dürfte es der Gemeinschaft leicht fallen, den Versuch, den freien Wettbewerb gegen jedes Anzeichen zu stellen, als hoffnungslos fallen zu lassen, und an die Stelle des Trust den Staat zu setzen. In dem ein Beispiel aus der Wirklichkeit wird das klarer machen, als alle noch so umfangreichen Auseinandersetzungen.

Die amerikanischen Baumwollspinnereien brauchen alljährlich ungefähr 45 Millionen Yards (1 Yard = 0,91 Meter) Jute-Leinwand, um ihre Baumwolle zu verpacken. Da die Preise eine zeitlang fortgesetzt heruntergingen, beschloß man, die Bildung eines Trust zu veranlassen und sich ein Monopol zu sichern, das ein Steigen der Preise erzwingen könnte. Dies war der Ursprung des Sackleinwand-Trust, dessen Angelegenheit jüngst vor dem Untersuchungs-Komitee des Kongresses in Washington verhandelt wurde. Die Produktion dieser Sackleinwand lag im vorigen Jahr in der Hand von 15 Firmen. Acht Firmen, die zwei Drittel der Gesamtproduktion vertreten, vereinigten sich zu einem Trust, dessen Mitglieder einen Vertrag unterzeichneten, nach gemeinsamer Vereinbarung sowohl ihre Produktion als ihren Preis zu bemessen. Eine Firma in New-York wurde zum Zentrum der Korrespondenz bestimmt, und an diese Firma wurde die ganze von den Mitgliedern des Trusts verfertigte Sackleinwand verkauft und übersandt. Profit und Verlust des Unternehmens sollten nach Verhältnis verteilt werden. Der Preis wurde von der Majorität der Mitglieder festgesetzt, und bis letzten Juli von 7 1/2 Cents auf 9 1/2 Cents und seitdem auf 11 Cents pro Yard erhöht. Zwei Drittel des gesamten Sackleinwand-Handels der Vereinigten Staaten stehen dergestalt unter Kontrolle eines einzigen Korrespondenz-Zentrums in New-York, das lediglich vom Standpunkt des Interesses der Trust-Mitglieder darüber entscheidet, wie viel angefertigt werden soll. Bis soweit unterscheidet sich daher Trust in nichts von andern großen Unternehmens-Verbindungen, und wir führen das Beispiel der Sackleinwand-Industrie nur an, weil in diesem Fall, Dank der beschränkten Zahl der davon berührten Firmen, es möglich ist, zwei Drittel des gesamten Vorraths von einer Zentrale aus zu kontrollieren. Es ist dies die einfachste und erste Form der „Vereinigung“. Um der Organisation mehr Kraft und Dauer zu verleihen, werden oft an die Kapitalisten, die sich zum Zwecke der Herstellung eines Monopols vereinigen, Antzeileinschüsse ausgeteilt, die den ursprünglichen Kapitalwert ihres Anteils um das Mehrfache übersteigen. Die lokale Zeitung bleibt bestehen, ist aber der zentralen Kontrolle unterworfen. Die Vorsteher des Trusts, die das ganze „vereinigte“ Kapital in ihrer Hand haben, können nach freiem Ermessen Fabriken schließen — denn durch die Schließung der Hälfte der Fabriken, für die sie ausgegeben wurden, können die Trustantzeile vielleicht eine Wertsteigerung erfahren — oder nach Belieben die Produktion einschränken.

Aber, fragt man vielleicht, warum konkurrieren die Draußenstehenden nicht mit dem Trust? Aus demselben Grunde, der Herrn Chamberlain ein Monopol in der Schrauben-Industrie verschafft hat. Wenn ein Trust gebildet worden ist, so sucht er keine Konkurrenz todzuschlagen, er hat ja Mittel genug, jeden Einzelkonkurrenten zu erdrücken. Wie er Fabriken schließen und doch für das Kapital, das sie repräsentieren, Dividenden zahlen kann, so kann er es sich auch leisten, Waaren unter dem Kostenpreis zu verkaufen und dadurch die andern Firmen zur Unterwerfung oder ganz aus dem Feld zu schlagen. Alle solche Stöße er vor die Alternativen: Beitritt oder Ruin. Der einzige Ausweg für die bedrohten Firmen ist, einen Gegen-Trust zu bilden, durch den die Konkurrenz natürlich in irgend einer Art aufrecht erhalten werden kann. Aber schließlich werden die feindseligen Trusts dahin getrieben, sich zu verschmelzen, und dann ist das Monopol vollständig. Unterdrückung ist nicht die einzige Waffe, durch welche ein Trust die Konkurrenz todzuschlagen vermag, auch der Boykott wird offen zu Hilfe genommen. Ein Trust verhandelt sich mit einem andern zu Schutz und Trutz. Kurz, die Zentralisation geht mit Dampfgeschwindigkeit vorwärts. Nun ist aber soviel klar, daß wenn die Leitung der gesamten Produktion eines gegebenen Artikels die Kräfte eines, im Interesse des verbündeten Kapitals von Privatproduzenten tätigen Direktions-Kaufschusses nicht übersteigt, sie auch im Bereich der Leistungsfähigkeit eines im Interesse der Gesamtheit tätigen nationalen Ausschusses liegt. Bis hier war der wirtschaftliche Haupteinwurf gegen die Forderung der Sozialisten der, daß es unmöglich sei, eine wirklich praktische geschäftliche Leitung der nationalisierten Produktionsmittel herzustellen. Aber wenn diese Schwierigkeit in dem Falle eines Monopols von gleicher Ausdehnung wie der Staat, das im Interesse von Kapitalisten errichtet wurde, bewältigt worden ist, so kann sie nicht unüberwindlich sein in dem Falle eines Monopols, das im Interesse der ganzen Gesellschaft geschaffen worden. Der große moralische Einwand, daß dasselbe die Individualität unterdrücken und den privaten Unternehmungsgeist lähmen würde, kann allenfalls bei einem wirklich freien Konkurrenz-System gelten, nicht aber bei einem System kapitalistischer Trusts.

Dies der Artikel des liberalen Blattes. Und Sozialisten sagt er selbstverständlich nichts Neues, er bestätigt, wie gesagt, nur unsere Ausführungen. Er unterscheidet sich aber grade dadurch vorteilhaft von der Behandlung der „Trustfrage“ durch die übrige liberale Presse, die entweder über die Trusts spießbürgerlich schimpft und den Fortschritt nicht sieht, den sie unzweifelhaft repräsentieren, oder sie als natürliche Erscheinung des modernen Wirtschaftslebens anerkennt, und die Schäden, die sie in ihrer heutigen Form unumwandelbar mit sich bringen, entweder kurzweg befreit oder schönfärbereihaft zu mildern sucht, ganz abgesehen von der, die Interessen der Trustgründer gegen klingende Gründe vertheidigenden Schwindelpresse.

Man kann das Eine thun, ohne das Andre zu lassen. Man kann den Schwindler, der bei der Trustbildung betrieblen wird, die schamlose Betäubung des Publikums, zu der die Kapitalistenringe die Handhabe bieten, die brutale Vernichtung der Kleinen durch die Großen, die dabei systematisch in Szene gesetzt wird, brandmarken und doch feststellen, daß diese Dinge, Trusts u. ein natürliches, ja ein notwendiges Produkt der modernen Produktionsweise sind, ein mächtiges Element des gesellschaftlichen Fortschritts.

Zu allen Zeiten ist der Fortschritt mit Mißbräuchen verbunden gewesen, die soziale und die politische Idylle existieren nur in Märchen-

büchern, wozu bekanntlich nicht nur die Bücher gehören, bei denen man es auf dem Titelblatt liest, daß ihr Text aus dem Reich der Phantasie genommen.

Der Kapitalistenring ist eine notwendige Erscheinung, sagen wir. Notwendig nicht nur als Vorarbeit weiteren Fortschritts, sondern notwendig für die Produktion überhaupt, notwendig im Sinne von unvermeidlich. Das Grundgesetz der Ökonomie ist Vermeidung, Ersparung aller überflüssigen Kosten, die freie Konkurrenz dagegen reizt zu ganz zwecklosem Kostenaufwand an, es ist hier ein Gegensatz, den die bürgerliche Gesellschaft nur dadurch lösen kann, daß sie — der freien Konkurrenz, d. h. ihrem wirtschaftlichen Grundgesetz, ein Ende macht. Wir können das bei vielen Erscheinungen der Reuezeit feststellen, am deutlichsten zeigt es sich aber bei den „Trusts“.

Die Konkurrenz, nach der bürgerlichen Ökonomie das Universalheilmittel aller gesellschaftlichen Schäden, führt oft grade das Gegenteil von dem herbei, was sie ihrer Natur nach sollte, statt Kostenersparnisse wahnwitzige Verschwendung von Arbeitskraft und gesellschaftlichen Gebrauchswerten. Wir wollen gar nicht von den Folgen, die der Wechsel von Ueberproduktion und Krisen in dieser Hinsicht mit sich bringt, reden, nein, von ganz direkter Verschwendung als einer Folge der freien Konkurrenz.

In England ist in diesem Augenblick ein Kohlen-Trust, ein Ring der Kohlenbergwerkbesitzer behufs Erzielung höherer Preise im Gange. Etwa 20 große Kompagnien mit einem Kapital von 80 Millionen Pfund Sterling, d. h. über 1 1/2 Milliarden Mark, sollen Besitzer der gesamten Kohlenwerke Englands werden. Was sich die Käufer davon versprechen, geht deutlich aus einem Interview hervor, das ein Vertreter des radikalen „Star“ mit einem der in Frage kommenden Grubenbesitzer hatte.

„Wir ziehen jährlich“, erklärte er, „160 Millionen Tons (1 Ton = 1000 Kilo) Kohlen aus der Erde. Wird die Nachfrage glauben, daß wir von hundert Dingen in und außerhalb des Parlamentes reden, ohne auch nur einen Augenblick an die verbrecherische Vernichtungswelt zu denken, Dank deren bei der Beförderung von 160 Millionen Tons Kohlen aus der Erde, die Nation einen Verlust von 50 Millionen Tons erleidet?“

„Wie?“

„Weil es nicht zählt, sie nach oben zu befördern und sie deshalb unten bei Seite geschafft werden in Schächte, in welchen es in späteren Zeiten unmöglich sein wird, zu arbeiten.“

„Und warum diese erstaunliche Verwüstung?“

„Die Ursache ist schnell konstatirt. Vor 18 Jahren reduzierten die Kohlenwerke die Arbeitsstunden um ein Drittel, ein Jahr darauf hatte der europäische Krieg ein Wiederaufleben der Schächte zur Folge — reduzierte Produktion und erhöhte Nachfrage nach Kohlen bewirkten hohe Preise, die ihrerseits eine wahre Jagd auf Kohlengebiete zur Folge hatte. Der Heißhunger nach Kohlen machte die Leute verrückt. Die Kohlenwerke im Vereinigten Königreich vermehrten sich wie durch Zauberkräfte. In etwa vier Jahren, von 1871 bis 1875, wuchs ihre Zahl von 2760 auf 4445 an. Die Preise fielen, und jetzt dreht sich der Kampf nicht um Gewinn von Reichthümern, sondern um die Existenz, und selbst die kann oft nicht aufrechterhalten werden. Vor 17 Jahren erzielten Kohlen an der Schachtmündung durchschnittlich 8 Schilling per Ton, jetzt etwa 4 Schilling 3 Pence. Der sogenannte „Stad“, d. h. die verkümmerte kleine Kohle, die in den meisten Gruben ungefähr 40 Prozent der Förderung ausmacht, erzielt nicht mehr als 2 Schilling per Ton an Grubenmündung, was einen Verlust von 2 bis 3 Schilling per Ton bedeutet.“

„Demnach kämpfen wir die Gruben um die Existenz?“

„Allerdings. Und der Kampf endet hier und dort mit dem Bankrott und droht, immer weniger Ausflüchte darzubieten. Die Grubenbesitzer sind ruiniert und die Arbeiter erhalten jämmerliche Löhne und verlieren selbst diese im Fall eines Bankrotts.“

Item, allen diesen Uebeln, die zum Theil natürlich noch etwas Schwärzer dargestellt werden, als sie in Wirklichkeit sind, soll das Monopol, der „Trust“ abhelfen. Er wird gewissermaßen den Himmel auf Erden errichten. Die großen Kompagnien werden einen hominellen Preis für die Kohlen vereinbaren, bei dem man 15 bis 20 Prozent auf die Seite legen kann — für Amortisation des Kapitals, denn der Grubenreichthum hält nicht ewig vor, und dem Publikum muß klar gemacht werden, daß eine Anlage in Kohlen ebenso gut als eine Anlage in Eisenbahnen. Mit den Eisenbahnen hinwiederum wird es weniger Streit um die Frachtsätze geben, denn ihnen kann abgemessen gezeigt werden, was eine harte. Auch die Besitzer des Grubenlandes werden nicht zu kurz kommen, und was schließlich die Arbeiter anbelangt, so könnten die Antzeileinschüsse so eingerichtet werden, daß die Arbeiter bei der Vereinigung, in deren Gruben sie angestellt sind, interessiert werden — und daher um so valender schaffen, „wir kennen die Weise, wir kennen den Text.“

Indes, von dieser Sühlgelbespiel abgesehen. Man braucht natürlich dem Herrn nicht alles zu glauben, was er dem Reporter vorerzählt, aber ein Theil davon ist sicher wahr, und dazu gehört die Schilderung der enormen Menge des heute als unrentabel vernichteten Kohlenbrieses. Das ist ein wirklicher Verlust, nicht für die Grubenbesitzer, die können sich anderwärts schadlos halten und thun es auch, aber für die Menschheit überhaupt. Ein unschätzbarer Brennstoff wird vor der Zeit aufgebraucht, während ein minder werthvoller, aber doch in vielen Fällen gut verwendbarer unbenutzt verkommt. Und diese Verschwendung ist eine Wirkung der heißgerühmten freien Konkurrenz. Der Kohlenring soll ihr ein Ende machen und wird es eventuell wohl auch. Aber, der Vortheil davon wird nicht der Gesamtheit sondern einer winzigen Minderheit von Kapitalisten zufallen, deren einzige wirtschaftliche Mission in dem Augenblick auch nominell zu bestehen aufhört, als die Maschine des Rings zu funktionieren beginnt. Sie werden abdann total überflüssig, man kann ihnen nicht einmal mehr wirtschaftliche Leistungen anbieten. Parasiten, und nichts andres. Will die Menschheit dann nicht das Rad der Entwicklung zurückdrehen, und für solche Leiden liegt auch nicht der geringste Grund vor, so ist vom Trust zum Sozialismus nur ein ganz kleiner Schritt — wie von der Schwelle ins Gemach.

Gassen wir zusammen: die kapitalistischen Unternehmer befinden sich in einer engen Klemme. Ohne Trust beschaffen sie sich gegenseitlich den Hals — mit dem Trust fordern sie die Gesellschaft heraus, ihnen den Hals zu brechen. Wie in allen solchen Fällen treibt der Kampf um's Dasein sie dazu, vor dem Uebel der Gegenwart um jeden Preis Rettung zu suchen, und es in Bezug auf die Zukunft darauf ankommen zu lassen, was geschieht, d. h. den Trust zu riskieren. Und dazu rufen wir Sozialisten ihnen ein frühliches Glücksel zu.

Aus Frankreich.

Die Ereignisse, die sich in der neuesten Zeit hier abspielen, weisen eine große Ähnlichkeit auf, ja erscheinen als eine Wiederholung der Vorgänge, welche der großen Revolution vorangingen. Zu den Streiks, welche das ökonomische Frankreich von einem Ende zum andern seit Jahren konsulsweise bewegen, ist in den letzten Monaten eine modernisirte Kopie des berühmten Hungerpacts vom vorigen Jahrhundert getreten. Die schlechte Ernte und der Getreidejoll von 5 Fr. pro Metrescheffel, haben den Bäckern den Vorwand geliefert, eine Steigerung der Brodpreise zu ingehieren, resp. anzufordern.

Bei den wüthenden Krisen, den vielen Streiks läuft das geradezu auf eine Aushungerung der Arbeiter hinaus, welche, je weniger sie an Fleisch und andern Nahrungsmitteln zu konsumieren haben, desto ausschließlicher auf das Brod angewiesen sind. In Erwägung dieser Umstände haben die Gemeindevorstände verschiedener Kommunen, geführt auf ein, aus der großen Revolution datirendes, aber bisher außer Acht gelassenes Gesetz, eine Brodtage eingeführt. Dasselbe bestimmt für die verschiedenen Sorten Brod einen Maximalpreis, nach dem Preise des Mehl und den Verstellungskosten, bei wofür letzteren den Bäckern des Mehl „Bakprämie“ noch immer ein guter Gewinn gesichert ist. Dies passte aber den Herren Bäckern nicht und in einzelnen Gemeinden schlossen sie eine Art Koalition und verpflichteten sich untereinander, das Brod nicht zu dem Maximalpreise zu verkaufen und eventuellen Falles das Baden ganz einzustellen. In Argenton (Departement Andre) schlossen nach Proklamirung der Brodtage sämtliche Bäder ihre Läden, die Stadt blieb einen Tag ohne Brod, und erst als die erbitterte Einwohnerchaft verschiedene Bäderläden demolirte und plünderte, erklärten sich die Ritter vom Baditrog bereit, das Brod zur Tage abzugeben. In

Nachbarstädten von Paris, St. Ouen und St. Denis, in wofür erstere die offizielle Brodtage ungefähr seit einem Jahre in Kraft ist, während sie in St. Denis erst in der vergangenen Woche erlassen wurde, suchten sich die Bäckereimeister für die beschlossene Verminderung ihres Profits durch eine Verabredung der Löhne ihrer Arbeiter schadlos zu halten. Die Bäckereimeister erklärten es für unmöglich, die angeforderte Lohnreduktion von 2 Fr. pro Tag auf sich zu nehmen, und die Bäckereimeister, welche absolut ihren bisherigen Profit fortzubehalten wollten, schlossen ihre Läden und stellten das Baden ein. Dadurch landeten sich in St. Denis 48,000, in St. Ouen 23,000 Menschen ohne Brod. Nur etliche Bäder legten die Brodfabrikation fort und erklärten, bei der Lage noch gute Geschäfte zu erzielen, da z. B. das flotteste Bäckergeschäft von St. Denis im Durchschnitt pro Tag 85 Fr. Reingewinn abwarf. Die Gemeindevorstände der beiden Kommunen erklärten sich sofort in Permanenz, verpflichteten sich, ihren Gemeindevorständen Brod zum Normalpreise zu liefern und setzten sich zu dem Zwecke in den nicht streikenden Bäckereimeistern des Orts, mit der Genossenschaftsbäckerei zu Pantin und mit Pariser Bäckern in Verbindung. Ehe die Vorräthe ankamen, kürzte die Bevölkerung von St. Denis den Laden eines besonders unbeliebten Bäckers und trug dessen Brodvorath fort. Der Gemeindevorstand hatte indeß bald genügenden Vorrath gesichert und ließ die an ihn gelieferten Brode unter seiner Leitung verkaufen. Das half. Die Bäder des Orts gaben an darauffolgenden Tage nach, öffneten ihre Läden und gaben das Brod zum Tagpreise, ja unter denselben ab. Die Einwohnerchaft hat jedoch ihrerseits verschiedene Läden auf den Index gesetzt.

In St. Ouen erwiesen sich die Bäckereimeister als besonders rabiat, sie brachen z. B. bei einem ihrer Kollegen, welcher mit Baden fortfuhr, ein, warfen den Brodtrog in's Feuer, mißhandelten den Mann und seine Gehülfen, drohten mit Respektieren und einem Sturz in die Seine u. s. w. Sie zogen außerdem mit ihren Gehülfen, welche sie bezahlten und bezogten, den Wagen entgegen, welche Brod nach St. Ouen führten, und zwangen dieselben zur Umkehr. Und wunderbar! Polizei und Gendarmen, welche streikenden Arbeitern gegenüber stets so energisch die „Freiheit der Arbeit“ verteidigen, ließen die streikenden und die Freiheit der Arbeit verletzenden Bäckertroge ruhig gewähren. Der in seiner Mehrheit sozialistische Gemeindevorstand von St. Ouen antwortete auf den Hungerpact der Bäder durch den Erlass eines Dekretes, in welchem er sämtliche Bäckern und Mehlvorräthe für die Gemeinde requirirte und engagierte in Paris Bäckergeschäften, um auf Rechnung der Gemeinde Brod fabriziren zu lassen. Die Bäckereimeister borsilabierten jedoch ihre Läden und Backstuben und ließen die von Gemeindevorständen begleiteten Bäder nicht an die Arbeit gehen, und die Polizei weigerte sich, den Gemeindevorstand zu unterstützen, da keine diesbezügliche Ordre vom Polizei- und Seine-Präsidenten vorliege. Letzterer ließ die Telegramme des Gemeindevorstandes unbeantwortet und erklärte am nächsten Tage dessen Dekret für illegal. Der Gemeindevorstand hatte unterdessen den Beschluß gefaßt, der Spekulation auf das Brod durch Gründung einer kommunalen Bäckerei ein Ende zu machen. Das Projekt ist in der Ausarbeitung begriffen und wird demnächst verwirklicht werden. Auch in St. Ouen hatte der Gemeindevorstand für den nöthigen Brodproviant gesorgt, und als einer der Bäder nach dem anderen seinen Laden öffnete, stießen auch hier zahlreiche auf den Boykott von Seiten der Bevölkerung. Die Bäckereimeister laufen vom Seine-Präsident zum Ministerpräsidenten, um eine Aushebung der Lage zu erzielen, da sich dieselbe aber auf ein Staatsgesetz gründet, so erklären die Bürgermeister von St. Denis und St. Ouen, daß die Brodtage war, ist und bleiben wird. Der Pariser Gemeindevorstand hatte auf die Initiative seiner sozialistischen Mitglieder bereits vor mehreren Jahren die Brodtage beschlossen, doch ist der Beschluß nie in Kraft getreten. Nach Wiedereröffnung der Gemeindevorstandssitzungen wird die Frage aufs Neue auf die Tagesordnung gelangen und mit der Einführung der Brodtage schließen.

Charakteristisch für den Hungerpact und Bäderstreik ist die vollstündlich „neutrale“ Haltung der Regierung und ihrer Gewalt. Sie, welche bei jedem Streik der Arbeiter ihre Polizei und Soldaten auf das Protetariat losläßt, um mit dessen Blut die Freiheit der Arbeit zu besiegeln, läßt ruhig zu, daß eine Koalition von Bäckereimeistern eine vieltausendköpfige Bevölkerung aushungerte und durch Druck und Drohungen besser gekannte Kollegen zur Einstellung des Badens zwang. Die Regierung hat keinen Finger gerührt, der hungernden Bevölkerung Brod zu verschaffen, und ihre Vertreter haben den petitionirenden Bäckereimeistern deutlich zu verstehen gegeben, wie leid es ihnen thue, daß das betreffende Gesetz die Brodtage möglich macht.

Streik, Hungerpact und die politische Situation haben eine Atmosphäre geschaffen, in welcher der Sozialismus äppig emporsteigen und diese Wurzeln in der Masse schlagen muß. Noch nie sind die Verhältnisse günstiger gewesen, um eine nachhaltige und erfolgreiche Agitation und Propaganda in die Menge zu schleudern, dem Lande zu zeigen, wo und warum der Schuh drückt, zu zeigen, daß nur das revolutionäre Proletariat durch Vergegenständlichung aller Produktionsmittel Wandlung schaffen kann, durch energische, zielbewusste Thätigkeit zu beweisen, daß die sozialistischen Organisationen für ihre geschichtliche Rolle reif sind, aber leider muß die traurige Thatsache konstatirt werden, daß die französischen sozialistischen Fractionen die geradezu einzig günstige Gelegenheit verschmerzen, weil sie ihre Kräfte in einem widerlichen Eingeweidekampf verzehren, anstatt dieselben gegen den gemeinsamen Feind zu setzen. O-n.

Sozialpolitische Rundschau.

Paris, 27. September 1888.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ legt das Dekret gegen Frankreich mit ungeschwächten Kräften fort. Und anlässlich der neulichen Schieberei im deutschen Gesandtschaftsgebäude zu Paris hat sie wieder die alte, zu Zeiten der 1878er Wahl so glücklich „fruktifizierte“ Theorie in's Feld geführt, daß zwar die französische Regierung an dem Verbrechen persönlich und direkt keine Schuld trage, daß überhaupt — mit Ausnahme des Thäters selbst — keine Person und keine Partei juristisch verantwortlich gemacht werden könne, daß aber das Verbrechen gewissermaßen kollektiv pro dukt der in Frankreich herrschenden und auch künstlich gepflanzten Reactionseinstimmung sei und folglich den Franzosen in ihrer Gesamtheit aufs Konto gesetzt werden muß.

Wir wollen uns hier nicht auf eine Widerlegung dieser Theorie einlassen — wir wollen gar nicht die Frage aufwerfen: ob in Frankreich wirklich der Geist der Rache und des Chauvinismus künstlich gepflegt wird, und ob nicht in Deutschland auf dem Gebiete der chauvinistischen Berührung noch weit mehr geschieht als in Frankreich. Wir wollen der „Norddeutschen Allgemeinen“ bloß die Zweischnidigkeit ihrer Theorie ad oculos demonstriren, indem wir dieselbe auf die deutschen Verhältnisse anwenden.

Es ist eine notorische Thatsache, daß Nord und Todschlag, sowie Selbstmord seit zwei Jahrzehnten in Deutschland geradezu erschreckend zugenommen haben. Das Menschenleben hat augenscheinlich an Werth verloren; und der Gedanke, das eigene Leben oder das Leben von Mitmenschen zu gefährden, entsteht viel leichter und reißt viel leichter zur That, als dies in früheren Zeiten der Fall war. Ungeheuerliche Verbrechen, denen ganze Familien zum Opfer fallen — förmliche Massenmorde sind etwas Alltägliches geworden, und Grauel, die vor zwei Jahrzehnten alle Welt mit Grausen erfüllten und Monate lang, ja Jahre lang — wir erinnern an den Bismarck der Lafarge in den vierziger Jahren — beschäftigt hätten, werden heute mit der gleichen Gleichgültigkeit gelesen, wie irgend eine Ernte der Sauregurkenzeit. Man regt sich nicht auf — das Ungeheuerliche ist gewöhnlich geworden und bringt nur einen ganz flüchtigen Eindruck hervor, den die Ungeheuerlichkeit der nächsten Minute wieder wegwäscht.

Zu allig ist diese Zunahme monströser Verbrechen nicht — sie hat ihren natürlichen und „zureichenden“ Grund in den Verhältnissen der Gegenwart. Sie sind — um uns des Jargons der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu bedienen — aus der Atmosphäre hervorgegangen, welche durch das Blut- und Eisenerzement des Oberleiters der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ geschaffen worden ist. Seit 1864 leben wir in einer „Atmosphäre“, die nach Blut riecht. Wir hören Tag für Tag, daß moralische Faktoren nichts

gellen, daß die physische, mechanische Gewalt der einzige wirkliche Faktor der Weltgeschichte ist, daß der Krieg die vornehmste Kulturthat und der Massenmord die höchste Befähigung der Humanität ist. Nord und Südschlag im Großen werden in Tausenden von Hütungen, Brotschären, Bäckern als rühmvolle Leistung des an der Spitze der Zivilisation stehenden Volkes, welches selbstverständlich das deutsche ist, hingestellt und verherrlicht; und überlegener Lohn trifft jeden Protest im Namen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit. Dieser „schwächliche, sentimentale Idealismus“ ist der wiedergeborenen deutschen Nation nicht würdig, die 1870/71 die „verkommenen Franzosen“ mit teutonischer Unkraft niedergeschmettert hat, und bereit ist, sofort wieder einen „heiligen Krieg“ zu beginnen, und diesmal nicht bloß die „verkommenen“ Franzosen, sondern auch die nicht minder verkommenen Engländer, Schweizer und der Himmel weiß, wen sonst noch, mit dem bekannten, im Reichschlag vom obersten Beamten des Reichs angepriesenen furor teutonius, d. h. der barbarischen Wuth unserer Vorfahren aus der Römerzeit, niederschmettern — womöglich vertilgen — jedenfalls saigner à blanc, d. h. so ausbluten zu machen, daß das Fleisch weiß wird — wie ein geschmackvolles und charakteristisches Gleichniß des schon genannten obersten Beamten des Reichs lautete. Das Töden von Menschen wird — schon in den Schulen! — fortwährend als etwas Rothwendiges und Edles geschuldet, herabgeschrien und empfohlen. Und hörten wir nicht vor wenigen Wochen den jüngsten deutschen Kaiser das große Wort gelassen aussprechen: „Nieder 18 Armeekorps und 42 Millionen Einwohner auf der Strecke liegen lassen, als einen Stein des eroberten Landes herauszugeben!“

Und wenn dem Volke von „höchster Stelle“ herab das Evangelium des Nordes, die Werthlosigkeit des Menschenlebens gepredigt wird — da sollte nicht Dilemme und Jenseit, der Kaiserworte und Kanzlerworte ernst nehmen, der Gedanke kommen, diese allerhöchsten Theorien in die Praxis umzusetzen und in Erwartung der allgemeinen, im großen Maßstab organisierten Menschenschlächtereien einweisen auf eigene Faust eine Menschenschlächterei mit kleineren Dimensionen zu organisieren — gewissermaßen als eine Probearbeit. Wir wollen hier nicht unterlassen, ob und in wie weit chauvinistische Hegeorien der französischen Presse auf das Gemüth des verrückten Carnier von Einfluß gewesen sind — das aber wissen wir, daß die entsetzlichen Verbrechen, an welchen die Gegenwart so reich ist, im innigsten organischen Zusammenhang und in ursächlichem Verhältniß stehen zu dem Blut- und Eisen-System, welches seit einem Vierteljahrhundert in Deutschland herrscht, welches seinen verderblichen, verrottenden Einfluß weit über die deutschen Grenzen hinaus geltend macht, und welches in der berühmten „Streitrede“ des zweiten Wilhelm seinen klassischen und — für jeden Menschen von Gefühl auch abstoßendsten Ausdruck gefunden hat.

„Deutschland ist die erste Militärmacht der Welt.“ Welchem nationalgeformten Reichsbürger macht diese, ihm von seiner Presse tagtäglich als Neue vorgegaukelte Versicherung das Herz nicht begehrt höher schlagen? Ist es nicht ein unbeschreibliches Wohlgefühl, sich Bürger dieses glücklichen Reiches nennen zu dürfen? Gewiß, namentlich wenn man sich vergegenwärtigt, was alles an Ausgaben und Ausschüssen dieses Glück kostet. Die ersten sind, wenigstens soweit sie direkter Natur, bekannt, doch spricht man schon von ihnen nicht gern. Noch weniger gern natürlich von den indirekten Ausgaben und den Ausschüssen am wirtschaftlichen, sozialen u. Haushalt der Nation. Um nur von einer Rubrik des Verlastkonto zu sprechen, so steht fest, daß kaum ein weiteres Land in Europa ein ärgeres Mißverhältnis zwischen seiner männlichen und weiblichen Bevölkerung kennt als das zur Zeit im gegenseitigen Deutschland obwaltende. Unter den 46,855,704 Einwohnern, die am 1. Dezember 1888 im deutschen Reich gezählt wurden, befanden sich 22,938,664 Personen männlichen und 23,922,040 weiblichen Geschlechts, so daß also letzteres um 988,376 Köpfe stärker ist als das männliche, oder relativ ausgedrückt, daß auf 100 männliche Einwohner 104,8 weibliche kommen. Das bezieht sich aber nur auf die Gesamtzahl der verschiedenen Altersklassen; für diejenigen Altersklassen, wo die Geschlechtsunterschiede auf die Gestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Einfluß sind, ist das Mißverhältnis jedoch ein weit ärgeres. Da nämlich bedeutend mehr Knaben geboren werden als Mädchen — im Jahre 1888 wurden z. B. auf 100 Mädchen 108 Knaben geboren — so überwiegt in den unteren Altersklassen — bis zum Alter von 10 bis 15 Jahren — das männliche Geschlecht. Der Umschlag zu seinen Ungunsten erfolgt erst später, woraus sich von selbst ergibt, daß für die späteren Altersklassen weit mehr Frauen auf die entsprechende männliche Bevölkerung entfallen, als das Verhältnis von 104,8 : 100 darstellt. Wir werden nicht weit von dem wirklichen Stand der Dinge abweichen (genau Zahlen liegen uns zur Zeit hier nicht vor), wenn wir für die Altersklassen über 20 Jahren ein Verhältnis von 108 : 100 annehmen. Was ist nun die Ursache dieses Umschlages? Die größere Sterblichkeit der Kinder männlichen Geschlechts allein erklärt sie noch nicht, denn sie bemerkt noch bis zum 15. Lebensjahre kaum einen Ausgleich — nein, es ist die starke Auswanderung der männlichen Bevölkerung, und für diese ist der Militarismus, wenn nicht der einzige, so doch einer der wesentlichsten Beweggründe; theils um der Dienstpflicht zu entgehen, theils infolge der Wirkungen derselben auf ihre soziale Lage wandern alljährlich Tausende und Aber-tausende von Männern im thätigsten Alter aus, jenseits der Grenzen des „ruhmvollen“ Vaterlandes sich eine Heimat zu suchen. Die Folge dieser Auswanderung ist in dem obigen Zahlenverhältnis ausgedrückt. Immer geringer wird die Möglichkeit für einen großen Prozentsatz der weiblichen Bevölkerung, eine Ehe einzugehen, immer dringender tritt an die Frauen die Notwendigkeit heran, wirtschaftliche Selbstständigkeit zu erwerben, das heißt, mit den Männern auf allen Gebieten des Wirklichkeitslebens in Konkurrenz zu treten. Die höheren Berufsstände wissen sich diese Konkurrenz durch eine künstliche Mauer von gesetzlichen Vorschriften und wohlgeleiteten Vorurtheilen vom Leibe zu halten — nirgends in der Welt ist man in dieser Hinsicht Frauen gegenüber intoleranter, als in den gebildeten Kreisen des aufgeklärten Deutschland — und um so mächtiger drängt der Strom der weiblichen Konkurrenz auf die mittleren und unteren Berufe. Die größte Arbeit ist nicht groß, die ausreißende nicht aufreibend genug, sie der Frau zu übertragen, sobald sie nur, wozu sie leider gezwungen ist, billiger arbeitet als der Mann. Das nach oben hin bewährte Vorurtheil schlägt in sein Gegenteil um — die Berufstheoretiker werden zur Weisheit, und statt durch ihre Erwerbstätigkeit gesellschaftlich frei zu werden, wird sie nur noch mehr verflacht. Mit ihr werden aber auch immer tiefer herabgedrückt die Kategorien derjenigen Männer, in deren Berufe sie einbezogen oder zur Auswanderung getrieben. Die Wirkung wird auf's Neue zur Veranschaulichung und das Uebel greift immer mehr um sich. Freilich zeigt es sich auch in andern Ländern, aber, wie gesagt, nirgends so stark als im Militarstaate Deutschland. Reichspostblätter, wann werden dir einmal die Augen aufgehen?

Unser Genosse J. Kräder, der seit vorigen Sommer mit kurzer Unterbrechung im Breslauer Gefängnis geschmachtet, hat plötzlich entlassen werden müssen, weil er an einem schweren Nieren- und Leberleiden lebensgefährlich erkrankt ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die infame Behandlung seitens der Polizei- und Gerichtsherrn in Breslau, deren Opfer Kräder geworden, seine Erkrankung verschuldet. Man hätte es daraus abgesehen, den gefährlichen Führer in jeder Weise zu schonen. Nachdem man ihn wiederholt geschäftlich auf's Schwerste geschädigt, hat man es im Gefängnis mit der Folter auf den Nagen versucht — und der Erfolg ist da, die Gesundheit Kräder's ist gebrochen, leider wahrscheinlich auf immer. Wären die Schandbuben, die dieses Verbrechen auf dem Gewissen haben, recht bald zur Verantwortung gezogen worden.

Die Arbeiterfreundlichkeit der Ruhrgebietsländer. Vor Kurzem wurde in einem Berliner Blatt darüber Klage geführt, daß gerade in denjenigen Druckereien, in denen die Blätter der Frommen im Lande hergestellt werden, die schlechtesten Löhne bezahlt, beim Arbeiter am schiefsten behandelt werden. Speziell wurde, wenn wir nicht irren, das christlich-germanische „Deutsche Tageblatt“ genannt. Wie es scheint, besteht da ein ursächlicher Zusammenhang, auf dessen tieferen Grund wir nicht eingehen wollen, sondern uns damit begnügen, die Thatsache festzustellen. Es ist nämlich dasselbe Phänomen, das sich in Deutschland zeigt, auch in England festgestellt worden. So wird in einem, von dem

Parlamentarischen Komitee der englischen Gewerkschaften erlassenen Zirkular, das sich mit den Verhältnissen in den englischen Druckereien befaßt und in Bezug auf Bezahlung der Arbeiter u. die Schafe von den Böcken sondert, festgestellt, daß von den Druckereien, die ihre Arbeiter weit unter dem allgemeinen Tarif bezahlen, nicht weniger als 20 kirchlichen Zwecken dienen, davon etwa 8 der englischen Hochkirche, 5 der katholischen Kirche, während der Rest sich auf verschiedene religiöse Sekten, Temperenz-Organe und jüdische Zeitchriften vertheilt. Man sieht, wenn die Frommen es zu etwas bringen, so hat das seine guten Gründe. Man predigt den Arbeitern Entschagung vom irdischen Mammon, um sich die Taschen um so mehr mit diesem verwerflichen Mammon zu füllen.

Auch zu diesem Thema — die Arbeiterfreundlichkeit der Frommen — gehörig, ist folgende, von einem Mitarbeiter des Londoner Wochenblattes „Radical“ mitgetheilte Thatsache.

„Schon lange“, schreibt er, „war mir ein alter, einarmiger Mann in weicher Blause aufgefallen, der auf der Brust ein an einer Schnur befestigtes Brett trug, auf dem einige Worte vermerkt standen, und der sich dem entgegengehenden Gewerbe hingab, auf den Straßen Blindhölzer zu verkaufen. Letztlich, als ich ihm wieder begegnete, blieb ich stehen, um zu lesen, was auf dem Brette eigentlich geschrieben war, und was las ich? (Wir haben bei der nachfolgenden Uebersetzung die eigenhändige Orthographie und Schreibweise möglichst nachgebildet. Red. d. „S. D.“)

„Herr Dr. Jur. H. Spottiswoda, Mitglied Der Royal Society, (Sob Mir Einen Sovereign.)“ Nachdem ich Meinen Arm Verloren In Der Bibel-Druckerei, Und Sagte, Das Ist Alles, Was Ich Für Euch Thun Kann. Und Ich Suche Jetzt Diese Blindhölzer Zu Verkaufen.“

Run, wie Jeder weiß, sind die Herren Spottiswoda Bruder der Königin und zugleich Inhaber der großen Bibel-Fabrik, man sollte also meinen, daß eine so großmächtige Firma wohl etwas mehr als 800 Heller für einen, in ihrem Geschäft verlorenen Arm zahlen könnte. Man denke nur, ein Pfund Sterling für ein menschliches Glied! Wozu alle Schulvorrichtungen, Bekleidung der Raschinen u. wenn man menschliches Fleisch und Blut so billig haben kann?

Es ist durchaus gleichgültig, ob die Sache vor oder nach der Einführung des verbesserten Halbpflichtgesetzes passirte, auf jeden Fall ist der Umstand, daß ein Mann, weil ihn ein Unfall bei der Arbeit getroffen, seinen Lebensunterhalt dadurch freisen muß, daß er Streichhölzer in den Straßen verkauft, gleich beschämend für Unternehmer und Arbeiter, und könnte nicht vorkommen, wenn die Arbeiterklasse organisiert wäre.“

So der Mitarbeiter des „Radical“. Wir wollen auf seine Schlussbemerkung nicht weiter eingehen, hier handelt es sich nicht darum, was die Arbeiter im Allgemeinen mit der Unternehmungskasse abzumachen haben, sondern um die Kennzeichnung einer speziellen Gattung der Unternehmungen: der augenverdrehenden Diener Gottes. Und für diese genügt die einfache Rithteilung des Falles. Wer Dyrn hat, zu hören, der — weiß, was die Glocke geschlagen.

Wirklich, die Frommen sind sich überall gleich. Ein Londoner Pfaffe, Dr. Lee, hat die Entdeckung gemacht, daß das Unschickliche der Korbhütten in London nicht etwa der großen Zahl der Schnapsbrenner, sondern den — Volksschulen zuzuschreiben ist. Die Volksschule untergräbt die Moral, sagt er wörtlich, durch die Ueberbildung, die sie den Kindern beibringt. Also je unweiser, um so moralischer. Was muß danach dieser Herr Lee für ein Moralheld sein!

Die deutsche Polizei gibt sich die erdenklichste Mühe, den Beweis zu liefern, daß wir die Unwahrheit gesagt haben, indem wir bei verschiedenen Gelegenheiten schreiben, sie habe das Höchste an Niedertracht und Dummheit geleistet. Sie will durchaus noch Höheres vollbringen. Excelsior! Immer höher! ist ihre Losung, gleich der des Songfellow'schen Himmelskramers. Oder nein: immer tiefer in den Sumpf und Schlamm und Schmutz!

Kur ein paar Beispiele. Der bößartigen Ausweisung Liebnecht's aus Hanau-Frankfurt haben wir schon in einer besondern Notiz gedacht. Freilich, sie ist beinahe noch lächerlicher als gemein — was Riemannben verwandern wird, welcher weiß, daß der Contrahent von Hanau Wilhelm Bismarck heißt — der die „Bill“.

Ebenso stupid, jedoch beträchtlich hocharter ist die Verhaftung des Redakteurs Ged in Offenbach, des Dr. Walther auf Brandeb bei Offenbach und mehrerer anderer Sozialdemokraten in Baden. Wie uns aus absolut sicherer Quelle mitgetheilt wird, sind jene Verhaftungen einzig und allein deshalb vorgenommen worden, weil die Polizei trotz des neulichen Schmutzgeruches hinter das Geheimniß der Verbreitung des „Sozialdemokrat“ nicht gekommen ist. Und in ihrer blinden Wuth will sie da ihr Müthigen an ein paar Unschuldigen fällen, die ihr seit Langem ein Dorn im Auge sind und von denen sie nun einmal in ihrer Polizeiwahnsinnigkeit vermutet, daß sie mehr wissen als sie selber — wenn auch nicht gerade in Bezug auf die der Polizei jetzt im Wagen liegende Sache. Der Gedanke, daß Männer, von denen der eine mit seiner fränkischen Gattin aus Gesundheitsrücksichten einen Luftkurort bemohnt und der andere eine ungewöhnlich exponirte Stellung einnimmt, sich mit dem Schriftschmutzgeißel beschaftigt haben, ist zu dumm, als daß selbst die deutsche Polizei ihn gefaßt haben könnte. Es ist ein Akt der Bosheit und Rahe — nichts weiter.

Einen ähnlichen Streich hat die Leipziger Polizei verübt, indem sie fünf Opfer des betraglichen Steinmehnenprozesses nach verhafteter Haft auswies. Um die ganze Riedertracht dieses Vorgehens zu würdigen, muß man sich jenen Prozeß in's Gedächtniß rufen: die Leipziger Steinmehnen hatten sich den frech-ausbeuterischen Innungs-Registern nicht unterwerfen wollen; zur Strafe dafür war ihnen ihr Fachverein von der Polizei, welche als Dienerin der Innungs-Register handelte, aufgelöst worden; und weil die Steinmehnen trotzdem nicht den Nagen unter das Joch beugen wollten, verhaftete die Polizei eine Anzahl der thätigsten „Agitatoren“ und — klagte sie der Geheimhändelei an! Thatsächliches Anklagematerial war nicht vorhanden — auch nicht ein Atom — allein die „richtiger Ueberzeugung“, daß Sozialdemokraten Geheimbündler sind, bedarf keiner thatsächlichen Anhalts- und Stützpunkte. — Genug, die Steinmehnen wurden sämtlich verurtheilt, und die fünf, deren Strafzeit dieser Tage zu Ende ging, sind ausgewiesen worden; die Uebrigen werden nachfolgen, sobald sie ihre Strafe „abgelesen“. — Natürlich werden die Leute von dieser Maßregel auf's Härteste betroffen. Indef was kümmert das die brutalen Menschenjäger, die heute das Regiment führen?

Wir wollen auch von weiteren Betrachtungen absehen. Es wird zum Uebrigen gelegt. — Wir könnten noch manch anderes Polizeistücklein erzählen, unterlassen es aber und wollen nur bemerken, daß diese Stüchlein alle zur Aufstärkung des Rothen Spenstes zu dienen haben, mit dem der sehr nervöse neueste Kaiser in die geeignete Stimmung versetzt, oder richtiger, mit dem er in ihr erhalten werden soll.

In Erwartung des schönen Tags, wo die „Sozialdemokraten“ mit oder ohne die famosen „18 Armeekorps und 42 Millionen Einwohner“ zur Strecke gebracht werden, wird tüchtig gebetet und, auf Kommando von oben, die Bibel unter den Soldaten verbreitet! Nun fehlt bloß noch der Schnaps, und die Rehelei „im Namen Gottes“ kann dann losgehen. Ein Pfaffe wird sich schon finden, der das „In Namen Gottes“ schreiet! den edlen Verkern der Menschheit zuzurufen. Herr Selber wäre gewiß bereit. —

Kyropos General Livensleben, von dem der muckerische Bibel-Erlaß herrührt, ist ein Intimus des Oberkapuziners und Oberlands-Ineichts Waldertzer, bei dem wirland das famose Konventikel stattfand. —

Verunglückte Wohnwänsche. In einer Polemik gegen verschiedene russische Blätter, die dem Jaren nahestehen, suchte die „Norddeutsche“ neulich in einem hochoffiziösen Artikel das feige Verhalten der deutschen Regierung gegen die Königin von Serbien mit dem Hinweis auf deren angeblich deutsch-feindliche Gesinnung zu beschönigen. Und ist die schöne Katalie mindestens so gleichgültig wie Fekaba, was uns aber nicht gleichgültig ist, das sind die Grundzüge, nach denen die Politik des deutschen Reiches geführt wird. Hören wir daher, was das Leiborgan des Kanzlers schreibt:

*) D. S. 20 Marz.

Die russische Presse in ihren verschiedenen Schattirungen, wie die „Roskowskaja Bedomista“, die „Kowoski“, der „Dniemsk Warshamst“ und die „Komoje Wremja“, haben bis in die neueste Zeit die deutsche Politik wegen ihrer ungalanten und geßäßigen Haltung gegen die Königin Katalie von Serbien angegriffen. Es ist Zeit, dieser künftigen Erregung unfreundlicher Stimmung gegen Deutschland entgegenzutreten. Zunächst ist es klar, daß eine kräftige Politik nicht bloß von Sentimentalitäten unabhängig sein muß; selbst der christliche Grundsatz, welcher gebietet, seine Feinde zu lieben, und wenn man auf der einen Wange einen Backenstreich erhalten hat, auch die andere hinzureichen, ist bei der Behandlung politischer Angelegenheiten nicht durchführbar. Die Königin von Serbien hat, so lange sie in Belgrad gewesen ist, sich stets in öffentlicher Weise als Feindin Deutschlands gezeigt und ausgesprochen. Sie hat aus ihrer feindseligen Gesinnung gegen das deutsche Reich in einer mit ihrer Stellung und den internationalen Rücksichten ganz unverträglichen Weise kein Hehl gemacht. So hat die deutsche Presse denn auch aus den jüngsten Vorfällen in Biesbaden Anlaß genommen, eine Thatsache in Erinnerung zu rufen, wonach sich im Jahre 1886 die Königin Katalie gegen den französischen Marquis de Flers mit den Ausdrücken besonderer Freude über die schamlosen Beleidigungen ausgesprochen hat, welche in dem berühmten Pamphlet „Société de Berlin“ gegen die Allerhöchsten und Höchsten Personen enthalten waren. Es darf ferner daran erinnert werden, daß dieses offene, feindselige Verhalten der Königin deutscherseits in Belgrad amtlich zur Sprache gekommen ist, ohne daß die gethanen Schritte von Erfolg begleitet waren. Umgekehrt hat der König von Serbien, so weit sein Einfluß reicht, die befreundeten Beziehungen zwischen Deutschland und Serbien vollkommen berücksichtigt und gewürdigt und es tief beklagt, daß er nicht in der Lage war, dem feindseligen Auftreten der Königin gegen das befreundete Reich Jügel anzulegen. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, daß das deutsche Reich und dessen politische Faktoren keinen Anlaß haben, der Königin von Serbien Freundlichkeiten oder gar Unterstützungen zu gewähren, denn in der Politik ist es ein altbewährter Grundsatz, mit gleicher Entschlossenheit der Freund seiner Freunde und der Feind seiner Feinde zu sein. Daß unter den letzteren sich königliche Frauen mit königlichem Titel befinden, ändert hieran nichts; das psychologische Gebot der Politik macht es nothwendig, in dieser Hinsicht keinen Unterschied in Geschlecht und Rang eintreten zu lassen. Auch die Kaiserin Eugenie ist seiner Zeit eine der schönsten und lebenswürdigsten Frauen gewesen. Es würde aber an Landeserrath gestreift haben, wenn man diesen Vorzügen eine Einwirkung auf die Politik Preußens und des deutschen Reiches hätte gestatten wollen.“

Hat man je eine kläglichere Argumentation gesehen als die hier entwickelte? Erstens hat es sich gar nicht um Freundlichkeiten und Unterstützungen gegenüber der Katalie gehandelt, noch gar darum, dieselben „Einwirkungen auf die Politik des deutschen Reiches zu gestatten“ — diese Punkte ist polizeiwidrig aber — sondern darum, ob das deutsche Reich sich zum Mittel eines brutalen Gesellen wie Allan von Serbien hergeben soll oder nicht. Und das hat es gethan. Es hat sich nicht damit begnügt, der Katalie den Aufenthalt auf seinem Gebiet zu unterlegen, was doch schon schimpflich genug war — es hat ihr auch wider alles Recht den Sohn entzissen, und das war eine Brutalität und zugleich eine Erniedrigung, die in der neueren Geschichte beispiellos dasteht. Die Schmach, die dieser Liebesdienst dem deutschen Namen zugefügt, wärgt kein Regen ab.

Und womit wird er beschönigt? Mit einem ganz erbärmlichen Hofnatsch. Die Serbenkönigin soll sich über ein Buch erfreut ausgeprochen haben, in dem einige Personen des Berliner Hofes — beiläufig in überaus gedämpften Farben — die landesübliche Verhimmelung porträirt worden sind. Und darum die Ausweisung und Qualifizierung! Also ein Akt der Nachsicht, verletzter Eitelkeit. Dieser kann man die Politik eines Landes nicht erniedrigen, als indem man sie von solchen Motiven geleitet darstellt. Das soll eine kräftige, von Sentimentalitäten freie Politik sein! Es ist die Politik alter Weiber.

Beiläufig zeigt sich an diesem Beispiel recht deutlich, wie jetzt wieder überall rein dynastische Interessen- und Personenfragen für Interessenfragen der Böller ausgegeben werden. Auch die neuesten Heiraths-schacher-Abfälle gehören hierher. Weit entfernt, mit den Traditionen der alten Diplomatie getrocknet zu haben, schwimmt Bismarck lustig in ihrem Fahrwasser. Ein geschickter Routinier, dem der Erfolg der Massen und die Macht der Waffen in die Hand gespielt haben, aber bei dem man vergebens nach wahrhaft modernen Gedanken sucht.

Und der „guten Gesellschaft“, welche den Arbeitern Moral predigt. Wir lesen in deutschen Zeitungen:

Breslau, 14. September. Großes Kuffchen erregte es, als vor etwa fünf Wochen ein hiesiger Agent, ehemaliger Rittergutsbesitzer, nebst seiner Frau, deren Kutter und zwei Diensthofen unzulässig verhaftet wurden. Schwere Verbrechen waren es, die man der Familie zur Last legte. Der Mann sollte seine eigene Frau ver-tuppelt und nachher in Gemeinschaft mit derselben Erpressungen an ihren Galans verübt, die Kutter der Frau sollte in derselben Weise die Schändlichkeit der Verheiratheten Tochter ausgebeutet haben, und außerdem wurde das Ehepaar verschiedner an hiesigen Kaufleuten verübten Prekerelen beschuldigt, bei denen die Dienstmädchen Beihilfe geleistet haben sollen. Gestern und heute wurde die Anklage von der Juriensrasammer des hiesigen Landgerichts unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Es wurden schuldig befunden: Frau Alma Döring, geb. Propp, der gewerksmäßigen Unzucht, des Betruges und der Erpressung; deren Gemann, der Agent, ehemalige Rittergutsbesitzer Johann Döring der gewerksmäßigen, bei der eigenen Ehefrau verübten Ruppels, des Betruges und der Erpressung; die verwitwete Polisekretärin Adelsheid Propp, geb. Bartels, der schweren Ruppels, verübt bei der eigenen Tochter, und der versuchten Erpressung. Das Urtheil lautete gegen die Frau Alma Döring auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust, sowie vier Wochen Haft; gegen Johann Döring auf fünf Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust, sowie Zulässigkeit der Polizeiaufsicht; gegen die Frau Adelsheid Propp auf ein Jahr drei Monate Gefängnis, drei Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht. Die beiden Dienstmädchen wurden freigelassen.“

Eine nette Gesellschaft das Schade, daß man die Herren nicht kennt, an welche der Herr Rittergutsbesitzer seine Frau vertuppelt hat. Arbeiteru gewiß nicht.

Die Agitationsreise Liebnecht's durch die Schweiz war weniger auf die Genossen berechnet, als auf das für unsere Bewegung noch nicht gewonnene Publikum. Wie man sich erinnern wird, hätte die Tournee, nach dem ursprünglichen Plane der schweizerischen organisierten Arbeiterkassen, schon voriges Frühjahr stattfinden sollen, und Liebnecht war auch im März d. J. bereits in der Schweiz erschienen, um die schon angekündigten Vorträge abzuhalten, deren Zahl damals auf vier oder fünf berechnet war. Inzwischen war die bekannte Krise eingetreten, die deutsche Regierung drängte mit aller Macht, um den Schweizer Bundesrath zu Kompromissen gegen die in der Schweiz lebenden deutschen Sozialdemokraten, gegen die sozialdemokratische Partei überhaupt, und insbesondere auch gegen den „Sozialdemokrat“ in Zürich zu veranlassen. Von bewährten Schweizer Freunden wurde unter solchen Umständen der Rath gegeben, man möge die Tournee auf eine günstigere Zeit verschieben. Und diesem Rath wurde auch Folge gegeben. — Liebnecht hätte noch so besonnen sprechen können, die journalistischen Spiegel und Spitzjournalisten der Herren Puttkamer und Bismarck hätten ihm doch Worte und Aeußerungen angelegen, die dann im Sinne der erstrebten Kompromisse „fraktifizirt“ worden wären. Wir kennen ja die Herren und die Methode.

Man kam überein, daß Liebnecht im Spätsommer die Reise unternehmen sollte. Er hielt nur in Basel, wo Concerte statt seiner den Vortrag übernahm, eine kurze Rede, um die Verhinderung der Tournee zu erklären, und schloß mit dem Satz: „Jetzt haben die Schweizer das Wort!“ Nun — die Schweizer ergreifen auch das Wort, und ebenig verurtheilt die demokratische Presse jede Konfession an die Bismarck-Puttkamer'sche Regierung.

Indef die von der preußischen Regierung erstrebten Kompromisse wurden trotzdem nicht abgemacht — der schweizerische Bundesrath begab sich auf die gleiche Ebene der Konfessionen: die Ausweisung unserer Genossen erfolgte.

Es war jetzt notwendig geworden, die Wogen der Aufregung sich etwas beruhigen zu lassen. Die Tage wurde aber von Tag zu Tag glühender, weil die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Sozialdemokratie gelenkt wurde, und man auch in Kreisen, für welche bis dahin der Sozialismus und die Sozialdemokratie gar nicht existiert hatten, sich für die soziale Frage und die moderne Arbeiterbewegung zu interessieren begann.

Der Anfang der Tournee wurde auf Ende August festgesetzt und neun Versammlungen in's Auge gefaßt, welche vom 26. August bis zum 10. September (in St. Gallen, Zürich, Winterthur, Bern, Basstanz, Genf, Frauenburg, Grenchen und Basel) stattfinden sollten. Das Versammlungsprogramm wurde genau eingehalten, nur das Bedürfnis auf besonders dringenden Wunsch zwischen Genf und Reuenburg noch eine Versammlung in S'evy einzuholen.

Der Zweck wesentlich auf die öffentliche Meinung in der Schweiz zu wirken, war durch die vorhergegangenen Ereignisse nur noch schärfer hervorgehoben worden. Als Thema war überall: „Das Wesen und die Ziele der Sozialdemokratie“ angegeben. Natürlich sollte das nicht sagen, daß überall derselbe Vortrag gehalten werden sollte. Das Thema ist ein so unermesslich reiches, daß man hundert Vorträge darüber halten kann, die, mit Ausnahme einiger für jeden einzelnen Vortrag unvermeidlicher Hauptpunkte, durchaus verschiedenartig sein können, so daß in dem einen Vortrag diese, in dem andern jene Seite mehr betont, jene Partei mehr in den Vordergrund gestellt wird.

Russ, das Thema ist unerschöpflich — umfasst es doch die ganze Wissenschaft und das ganze Leben. Liebknecht hat sich vor allem das Ziel 1) möglichst populär zu reden und 2) die gegen die Sozialdemokratie im Allgemeinen und gegen die deutsche Sozialdemokratie im Besonderen herrschenden, zum großen Teil durch die deutschen Spitzel und Reptilien künstlich erzeugten Vorurteile zu beseitigen.

Die Aufnahme war durchweg eine über alles Erwarten günstige. Die Versammlungen waren ausnahmslos sehr gut besucht — die Versammlungen in St. Gallen, Genf, Reuenburg, Grenchen, Basel u. s. w. so massenhaft, wie man dort seit langem keine Versammlungen gehabt hat — und überall war das Schweizerische Arbeiter- und Bürgerthum zahlreich vertreten, und überall war die Stimmung eine außerordentlich sympathische; die Wirkung genau die beabsichtigte. Tausende, die vorher vom Sozialismus keine Ahnung gehabt, und sich nur etwas recht Gruseliges und Abscheuliches darunter vorgestellt hatten, sind jetzt zu anderer Ansicht gelangt, und Tausenden ist die Kratung gegeben, die sozialistische Literatur zu studieren und sich ernsthaft mit den sozialen Problemen zu beschäftigen.

Die Schweizerische Presse hat im Ganzen sehr objektiv über die Liebknecht'schen Vorträge berichtet, die jedenfalls wesentlich dazu beigetragen haben, den sozialdemokratischen Polizeiwauwau zu zerstören und der Spitzelhaften Spitzelzüge von der Identität des Sozialismus und Anarchismus ein Ende zu machen.

Ob aber dieser Wauwau zerstört, und dieser Lüge ein Ende gemacht, kann nicht auf die Politik, welche der Schweizerische Bundesrat neuerdings inaugurirt hat, auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten sein, denn sie hat zur Voraussetzung den Glauben an den Polizeiwauwau und an die Spitzelzüge.

Doch das sind Dinge, die das Schweizerische Volk zu besorgen hat.

— **Verlorene Liebesmüh.** Als Entschuldigungsgrund dafür, daß auf dem Freiburger Katholikentag Dr. Decurtius veranlaßt wurde, seine Anträge zu Gunsten der Internationalen Fabrik-Gesetzgebung zurückzugeben, führt das „Basler Nachrichten“ in einer Polemik gegen die „Basler Nachrichten“ wiederholt in's Feld:

„Zum Ersten“ schreibt es, hat schon der letztjährige Katholikentag in Trient einstimmig eine Resolution zu Gunsten eines internationalen Gesetzes über Arbeiterschutz angenommen.

Zum Zweiten wurde Herr Decurtius der Rath ertheilt, seinen Antrag zu stellen, weil man fürchtete, der deutsche Bundesrat werde einen weiteren Vorwand zur Opposition gegen das Postulat erhalten, wenn dasselbe von einem Ausländer in Deutschland gestellt würde.“

Das ist eine sehr matte Ausrede, die Niemand über den wahren Sachverhalt hinwegtäuschen wird.

Zum Dritten ist es zweierlei: eine allgemeine Resolution annehmen und sich für ganz bestimmte formulierte Vorschläge erklären — etwa ein Unterschied wie zwischen „andächtigen Schwärmen“ und „gut handeln“, um mit dem Antichrist Festung zu reden. Auch haben wir noch die Gefahr, daß es einer guten Sache schadet, wenn man sich zweimal für sie erklärt. Würde der Katholikentag eine wiederholte Zustimmung auch dann für überflüssig gehalten haben, wenn es sich etwa um die Forderung der Herrschaft der Kirche über die Schule gehandelt hätte?

Zum Vierten, wenn müßet man zu, an das wirkliche Vorhandensein dieser „Furcht“ zu glauben? Sie paßt zu der Resolution für die weltliche Herrschaft des Papstes wie die Faust auf's Auge. Das furchtsame Getöse, wer lacht da?

Rein, Herr Dr. Feigenwinter, lassen Sie davon ab, aus schwarz weiß machen zu wollen. Sie wissen ja doch ebenso gut wie wir, und wahrlich nicht noch besser, welche Geister in Freiburg mahrend waren, und daß zwischen deren Auffassung in sozialen Dingen und der des Herrn Decurtius ein Unterschied besteht, so groß wie — nun wie zwischen einem ultramontanen messianischen oder schlechten Majoritätsvertrauen und einem Oberhalb. Es leugnen wollen, heißt Herrn Decurtius als Korrodianten hinstellen.

— **Ein wunderschöner Druckfehler** ist neulich der „Frankfurter Zeitung“ passiert. In einer ihrer staatsmännlichsten Betrachtungen über Frankreich tritt sie Morgenblatt vom 12. September einen Artikel ihres gelehrten Herrn J. Reinach in der „Republique Française“, in welchem dieser zum 10. und 10. hielten Male die von den französischen Radikalen geforderten Reformen: Revision der Verfassung in demokratischer Sinne, Trennung von Staat und Kirche, Gemeinde-Selbstverwaltung, progressive Einkommensteuer u. s. kommt und besonders als „Träumereien und Dummdheiten“ abfertigt, für die er und seine Leute nicht zu haben seien. Mit andern Worten, Herr Reinach und die Herren Opportunisten wollen, daß die Republik noch dem Herzen der opportunistischen Finanz-Intelligenz, oder sie soll nicht sein. Wollan, dieser Artikel wird am Schluß der Betrachtung eine „Abgabe an den Republikanismus“ genannt. Natürlich hat es heißen sollen „Abgabe an den Radikalismus“, aber wer da steht, wie das französische Volk bei jeder Wahl seinem Wunsch nach Reformen Ausdruck gibt, der wird in der vorigen Erklärung der Opportunisten-Führung nichts anderes sehen können, als den offenkundigen Verrat an der Republik. Der Druckfehlertrick hat sich hier als ein ganz durchgreifender Schalk erwiesen, und wir können nur wünschen, daß er der „Frankfurter Zeitung“ noch recht viele solcher Streiche spielt. Ihre politischen Artikel können dabei nur gewinnen.

— **Mit 3576 gegen 2284 Stimmen** hat der Schweizerische Grätkoverein den Antrag, in Zukunft überhaupt keine Ausländer mehr aufzunehmen, abgelehnt. Wenn uns dieses Resultat mit einer gewissen Beugung erfüllt, so wesentlich mit Rücksicht auf die dadurch den Reaktionen aller Schattierungen bereite Niederlage. An sich hat uns das dürfen wir jetzt, da die Admittionen vorüber, wohl einsehen, der betreffende Antrag ziemlich gleichgültig gelassen. Einmal weil wir ihm praktisch eine sehr geringe Bedeutung beilegen. Ob unter den 12,000 Mitgliedern des Grätkovereins sich 200 Ausländer befinden oder nicht, hat auf dessen Gedeihen nur geringen Einfluß, er würde, ohne diese 200 Mitglieder, nach keiner Richtung hin etwas anderes sein, als er jetzt ist. Zweitens sagt uns in prinzipieller Beziehung auch der heutige Zustand der Dinge nicht zu. Unser Gefühl sträubt sich gegen die Teilung der Mitglieder in solche erster und zweiter Klasse. Wir wissen nun freilich, welche Gründe bei dieser Erwägung maßgebend waren, aber wenn wir sie als gerechtfertigt anerkennen sollen, dann erscheint uns auch der Antrag der Section keinen nicht gar so schlimm, wie ja auch viele, die für ihn gestimmt, dies nicht etwa aus nationalem Haß gethan, sondern lediglich mit Rücksicht auf die Vorurteile der Gegner. Es war das eine Schwäche, deren Zurückweisung unseren vollen Beifall hat — die Konjession an die Reaktion erinnert sie nur zu weiteren Anforderungen — aber, bei Nichte betrachtet, entspricht auch die bestehende Praxis nicht jenem Selbstbewußtsein, wie sie der Stärke des vortrefflich-leistenden Grätkovereins angemessen ist.

Dies unsere Ansicht, die uns natürlich nicht verhindert, dem Grätkoverein nach wie vor unsere volle Sympathie zu schenken.

— **Zu der Anweisung des Anarchisten Troppmann** aus der Schweiz schreibt der „Basler Arbeiterfreund“:

„Wahrhaftig köstlich sind die Motive dieser heldenmüthigen That zu lesen. Man höre und laune — nicht; denn unser Bundesrat ist nicht bloß allmächtig, sondern auch allweise! Festgestelltes, bezogen nämlich die Motive, sei Troppmann mit einem der in Chicago hingerichteten Anarchisten in Korrespondenz gestanden und habe durch seine Reden in öffentlicher Versammlung bewiesen, daß er zu denselben verbrecherischen Tendenzen halte wie diese Partei. Man könnte sich beinahe frant lachen über die unsagbare Lächerlichkeit dieser Motive, wären sie auf der andern Seite nicht so himmelstürzend. Wahrsich, ihr Urheber verdienten zum preussischen Oberstaatsanwalt von Alsmarck-Wilhelms Gnade — befordert zu werden. Man wird somit künftig mit keinem des Anarchismus oder des Sozialismus — da der letztere in der Schweiz jetzt ja auch als staatsgefährlich gilt — Verbindungen, und wäre es selbst der beste persönliche Freund, korrespondieren dürfen, um nicht den Horn der Herren vom eidgenössischen Olympe auf sich zu laden und plötzlich ausgewiesen oder sonstwie gemachregelt zu werden. Aus welcher Quelle schöpft der Bundesrat die festeste Ueberzeugung, daß die hingerichteten Chicagoer Anarchisten verbrecherischen Tendenzen huldigten? Hat er schon vergessen, daß die Hinrichtung jener Männer von tausenden und aber tausenden von Menschen — vorunter von den edelsten und besten — die nichts weniger als Anarchisten und Sozialisten waren, als ein grausamerer Zufall in's Leben gebracht worden ist?“

„Und dann die Reden, welche Troppmann gehalten habe. Uns ist bis jetzt bloß bekannt geworden, daß der Genannte in einer oder zwei Versammlungen, in denen Liebknecht aufgetreten war, nach der bekannten Manier der Lockspitzel zu „rabulieren“, gewaltthätigen Borgehen aufgefördert haben soll. Ob dies wahr, wissen wir allerdings nicht; wenn aber so wäre, dann hätte er als Lockspitzel, als Agent provocateur, und als rein nichts Anderes ausgewiesen werden sollen. Wo bleibt da die Moral, wenn die Rücksicht zu einer angeblich befreundeten Regierung so weit treibt, daß man in deren Interesse die Thatfachen auf den Kopf stellt und die frechsten Lügen in die Welt hinausposaunt?! Pfui und abermal pfui über eine solch' erbärmliche Handlungsweise!“

Wir möchten noch hinzufügen, daß die Ausweisung auf den bloßen Verdacht der Lockspitzel hin ebenfalls nicht zu billigen wäre. Liegt ein solcher vor, dann lasse man es auf eine Unteruchung ankommen. Gegen fanatisirte Diktatoren über die Klassenbewußten Arbeiter unter sich die beste Polizei. So gut die Schweiz in früheren Jahren an einigen überspannten Reden nicht zu Grunde gegangen ist, würde sie dieselben auch jetzt ruhig ertragen können. Aber man muß doch seine starke Hand zeigen — nach unten.

— **Das „Berliner Tageblatt“** meldete neulich, daß **Heine-Denkmal** in Düsseldorf werde nun doch nicht zu Stande kommen, und zwar infolge von Wünschen, welche von sehr hoher Seite ergangen seien. „Klingt ungläublich“ bemerzte dazu die „Berliner Volkszeitung“.

Uns klingt das im Gegentheil ungemein glaublich.

Uebrigens können wir uns mit „der sehr hohen Seite“ nur einverstanden erklären. Im heutigen Deutschland ein Heine-Denkmal errichten, wäre ein Unrecht gegen Heine. Dazu hat's noch Zeit, wenn

„Die Jungfrau Europa ist verlost
Mit dem schönen Geniesse
Der Freiheit...“

Wenn erst „die Schoten spielen“.

— **„In Oesterreich wie in Preußen“.** Auch Oesterreich ist jetzt dabei, seine **Brandweinsteuer** Gesetzgebung zu reformiren, und auch in Oesterreich hat diese „Reform“ den Zweck, dem Staat und der Landwirtschaft — unter letzterer ist natürlich der Landbauer zu verstehen — zu helfen, natürlich, da das Geld nicht aus der Luft geflogen kommt, aus den Taschen derjenigen Bevölkerungsklassen, denen nicht geholfen zu werden braucht, inwiefern sie es nicht verstehen, zu fordern: der Arbeiter und kleinen Bauern.

Wie es dabei zugeht, darüber bringt die „Eichzeit“ in einer ihrer letzten Nummern ein recht charakteristisches Beispiel. Unter der Ueberschrift „Der Bauer zahl't“ lesen wir dort:

„Bekanntlich hat der Reichsrath in einer der letzten Sitzungen, nach langem Hin- und Hergehen mit der Regierung, den polnischen Großgrundbesitzern ein Geschenk von 21 Millionen dafür gemacht, daß sie die Brandweinsteuer beschließen hielten und der Regierung dadurch die Taschen der armen Leute zur Verfügung stellten. Diese 21 Millionen sollten in Raten von je einer Million bis zum Jahre 1910 ausbezahlt werden. Der polnische Adel schloß sich aber viel zu stolz, um ein solches Geschenk sich direkt „auf die Hand“ auszahlen zu lassen und im Handumdrehen wurde ein Mittel gefunden, um auf einem Umwege — noch mehr, und zwar auf Kosten der schnaps-trinkenden Bauern zu bekommen. Man verfiel nämlich auf die Idee, mit Hilfe dieser 21 Millionen das nur noch in Galizien bestehende Propinationsrecht abzulösen, ein Recht ganz besonderer Art, welches den Gutsbesitzer ermächtigt, in „seinem“ Dorfe ausschließlich und ohne jede Konkurrenz das Schantgewerbe zu betreiben. Das Recht soll also abgelöst werden, aber wie?“

Zu den von der Regierung bewilligten 21 Millionen soll das Land noch ein Anlehen von circa 40 Millionen aufnehmen und jedem propinationsberechtigten Gutsbesitzer das Zwanzigfache seines Einkommens aus dem Schantgewerbe auszahlen.

Auf diese Art geht die Propinationsberechtigung an das Land über, welches das erzielte Einkommen zur Tilgung des aufzunehmenden Anlehens verwenden wird. Bisher wäre alles richtig. Nun verlangt aber der Adel, wenn er schon dieses große Opfer bringen soll, müge man, außer der Selbsterlöschung, jedem Gutsbesitzer für ewige Zeiten das Recht auf eine sogenannte Realschänke in seinem Dorfe zugestehen. Da dieses Recht nichts Anderes wäre als die Propination, so erhob sich dagegen ein Sturm im Lande und selbst die Regierung erhob dagegen Protest.

Zwischen Regierung und Adel erschien der Bruch unvermeidlich, das Ministerium erklärte, es werde (sich) Mittel und Wege finden, um die Propination abzulösen, ohne das Recht auf eine Realschänke einzuräumen. Ganz unerwartet heiterte sich das Wetter auf, das Verlangen nach einer Realschänke schwand. Schon glaubten wir, der polnische Adel habe sein Gewissen entsetzt und eingesehen, daß der Bauer doch nicht für all seinen Luxus zahlen könne, da jählich löste sich die Sache auf. Der Grund dieser unerwarteten Radikalität ist ein sehr einfacher. Die Regierung derzeit einige einflußreiche Großgrundbesitzer nach Wien und erklärte ihnen mehr oder weniger Folgendes: „Wenn wir Euch die Realschänke zugestehen, entfällt im Lande ein Sturm der Entrüstung und es wird direkt behauptet, wir hätten Euch auf Kosten der armen Bevölkerung 60 Millionen geschenkt. Außerdem würden wir geizigen sein, neben der Realschänke doch noch wenigstens eine Bawen- und Zubehörschänke in jedem Dorfe zu konfessioniren. Da machen wir es doch lieber anders: Wir lösen Euch die Propination voll und ganz ab. In jedem Dorfe konfessioniren wir nur eine Schänke, das Vorrecht der Konfessionserwerbung werden wir aber den bisherigen Gutsbesitzern wahreren. Auf diese Weise habt Ihr Gelegenheit zu patriotischer Nachgiebigkeit, welche Euch keinen Heller kostet, bekommt den ganzen Werth des Propinationsrechtes ausgezahlt und bleibt doch die einzig zum Kaufmann Berechtigten. Das Gewerbegesetz kann Euch nichts anhaben, da Jemand, der seit Bawen und Großwäcker einiger Inhaber des Schantrechtes war, natürlich auch die Befähigung dazu besitzt.“

Das war klar gesprochen und wurde auch gleich verstanden. Der Adel bringt dem Lande ein Opfer, bekommt für nichts und wieder nichts 60 Millionen, der Bauer trägt die Lasten der Amortisation und bezahlt seinen Schnaps dem alleinberechtigten Gutsbesitzer zu demselben Preise wie früher mit Zurechnung der Brandweinsteuer. Der „patriotische“ Adel in Galizien erinnert lebhaft an den Beamten in der Operette „Mikado“, welcher zwar jede angebotene Bestechung als Insult anseht, aber auch jede solche Insult gerne „einsteckt“. Nur so lustig fortgemischelt!

Mit einem Wort: heute ist in Oesterreich wie in Preußen die schamloseste Bereicherung der Satten auf Kosten der Hungernden an der Tagesordnung. Und das Mittel, diesem standatzen Zustand ein Ende zu machen?

In Oesterreich wie in Preußen, heißt das Wort Expropria.

tion. Aber sozialistische selbstverständlich. Anders ist dem Junkertum, diesem Rimmerlatt, nicht beizukommen.

— **Da schämt man sich** — „weiß“ zu sein. Auf den Bauereien der Chikasaws im Indianer-Territorium, lesen wir in der Chicagoer „Arbeiter-Zeitung“, „hauften gegen 75,000 Weiße, zumest reiche Viehhändler und deren Knechte, die in keiner Weise zu dem genannten Stamme gehören. Diese Weißen lassen ihr Vieh auf den Weiden der Indianer grasen, sie werden also auf Kosten der Indianer reich, weigern sich aber trotzdem mit rührender Unerschämtheit, die Viehsteuer (jährlich 1 Dollar für jedes Rind) an den Stamm zu entrichten, welche dieser von jedem seiner Mitglieder eintrahet. Die Indianer haben sich nun an die Bundesbehörden gewandt, aber der Beschuld, welchen sie von Kommissär Brazlose in Fort Smith erzielten, zeigt nur, daß eine Krähle der andern nicht das Auge aussticht. Derselbe lautet nämlich: „Die Nation (der Chikasaws) hat keine Jurisdiction über Personen, die nicht Bürger des Territoriums sind, kann dieselben mithin auch nicht besteuern.“ — Racher, schließt unser Bruderkolon, entrichtet sich ein geschicktes Publikum, wenn die Indianer wieder einmal mild werden und Standal anfangen.“

Wahrhaftig, wenn man die Gemeinheiten mit anseht, die auf den Vorwand der höheren Zivilisation hin von den Zivilisirten ausgeführt werden, da könnte man selbst „wild“ werden. Wir können unsern Geizern eigentlich dankbar sein, wenn sie uns Barbaren, Feinde der Kultur nennen. Feinde ihrer Kultur sind wir unbedingt, und Ueber Barbaren als solche Zivilisationshallunken.

Warnung.

Ein, mit einer auf den Namen **Charl Mouret** ausgestellten Empfehlung von Le Peuple (Brüssel), unterzeichnet von Jean Golders, Louis Bertrand, verheiratheter Franzose (Belgier), hat es verstanden, sich damit das Vertrauen einiger Londoner Genossen zu erschleichen, um sie zu bestehlen. Wir warnen also allerorts vor demselben.

Der Rom. Arbeiter-Bildungsverein London.

Briefkasten

der Redaktion: S. De.: 1 Fr. Strapporto. — Soz. Fed. London: In nächster Nummer. — S. St.: Dröschl betr. notirt.

der Expedition: An Verschiedene: Die Brotschüre „Jah-hu“ ist nicht durch uns zu beziehen. Sie wurde als einfacher Druckauftrag in der Buchdruckerei von L. Gubler hergestellt, gleich jeder anderen Privatarbeit, und hat mit unsern Verlagsverhältnissen gar nichts zu thun, wie schon ein oberflächlicher Blick in den Inhalt der Schrift zeigt. — Sanlmuth: Nr. 50 — 4 Cto Ab. 1c. erh. Bestlg. notirt. Fehlendes unterwegs. — Peit: Das heißt Glück! Gratuliren! Hf. mehr. — Major Eduard: Alles notirt. Adr. gelöst. — Goldschneier: Betr. Schilfflag. Hf. Nachricht. Hf. notirt. Die drei Reuberten erh. — Der Alle: Adr. geordn. — Wenus: Adr. geordn. Fehlendes unterwegs. — D. S. A. S. P.: Nr. 50 — 4 Cto Ab. 1c. erh. Refl. notirt. Adr. geordn. Hf. mehr. — J. R. Sch. N. York: 20 Doll schon quittirt. Hf. notirt. Hf. mehr. — E. R. U.: Bassalle u. Marx je 1 Hf. Marzellasse und Triumph je 80 Hf. — Oskel: Adr. geordn. Hf. notirt. Hf. mehr. — Clara: Nr. 200 — 4 Cto Ab. 1c. erh. Refl. notirt. Carbonaro: Nr. 50 — 4 Cto Ab. 1c. erh. u. Nr. 830 f. Portoorig gutgebr. Adr. gelöst. Hf. mehr. — D. N. P.: Adr. geordn. Hf. notirt. — Herenthuem: Fr. 24 — (Nr. 1940) 4 Cto Ab. 1c. erh. Hf. erh. — H. Joseph: Adr. geordn. Neue notirt. Jemter freuzte mit Bahrung. Hf. mehr. — D. V. Dg.: Nr. 440 Ab. 4. Du. erh. — J. L. Tos.: Fr. 2 — Ab. 4. Du. erh. Hf. mehr. — Larois: Ab. 4. Du. war noch nicht bestelt. Reflam folgt, war schon früher pr. Doppelbrief abgeg. — Wutz u. Kraft: Adr. geordn. Hf. notirt. Hf. mehr. — Major Eduard: Adr. gelöst. Hf. mehr. — Der Bekannte: Nr. 2530 4 Cto Ab. 1c. erh. Alles glatt. — Kothor Eisenwurm: Nachr. hier. Hf. notirt. Von D. ging betr. Z. noch keine Nachr. ein. — Der Gequälte: Hf. notirt. Hf. mehr. — Sigr. Lynn: Fr. 2 — Ab. 4. Du. erh. — Mrs. Lyn: Fr. 4 — 2 Ab. 4. Du. Fr. 240 f. Kal. u. Fr. 2 — pr. Urd. dtd. erh. — A. Hüne: R. York: Hf. notirt. Kofirtes erw. — W. E. R. York: Noch nicht einmal alles Material gesichtet. Jedenfalls viel später! — C. Schim Cincinnati: Hf. notirt. — P. Blacibus: Fr. 698 (dovl. 830) Ab. S. u. K. 4. Du. erh. — E. R. Joff: Nr. 440 Ab. 4. Du. erh. — D. M. Kallghin: Nr. 1023 Ab. 4. Du. u. Schf. erh. Adr. notirt. — Schippe: Adr. gelöst. Weiteres erw. — Th. W. Castleford: Natürlich nach 2. an die am Kopfe angegebene Adresse B., Brotschüre ist in u. verträgl. und gekauft zu werden. — Hambacher Schloß: Nr. 3 — Ab. 4. Du. erh. — E. R. Dn.: P. R. erh. — U. F. G.: Alle Adr. gut. Für Auskunft besten Dank. — Spikelnest: Die's Rächsel steht also ungelöst. Nr. 1000 — 4 Cto Ab. 1c. erh. Adr. geordn. Hf. notirt. Kofirtes erw. — J. B. Hf.: Fr. 120 (dovl. — 60 Rt.) für Schf. erh. — Scheide: Nr. 15 — Ab. 4. Du. u. Schf. erh. Hf. u. Adr. notirt. — Major Eduard: Adr. geordn. Auskunft dtd. erh. Alles notirt. — E. Bla.: Nr. 540 Ab. 4. Du. u. Schf. u. Nr. 1 — pr. Urd. dtd. erh. Hf. u. Adr. notirt. Für guten Wunsch besten Dank! — Dr. Bessl.: Fr. 8175 4 Cto Ab. 1c. erh. Bestlg. notirt. Weiteres Hf. — D. A.: Fr. 2 — Ab. 4. Du. erh. — Feig: Fr. 1250 (Nr. 10 —) 4 Cto Ab. u. Schf. erh. — Das rote Häuflein: Fr. 164 60 (Nr. 1334) 4 Cto Ab. 1c. erh. — R. Sch. S. 6. 7. D.: Nr. 890 2 Ab. 4. Du. u. Schf. erh. Adr. geordn. Hf. notirt. — J. Fr. R. M.: Adr. geordn. Hf. mehr. — Diskontant: Das spricht ja von ganz genantem Partee-Interesse u. Pflichtgefühl! Hf. mehr zur — Aufmerksamkeit! — S. D. Eider: Fehlendes unterwegs. Katalog folgt. Mit „Projessen vor“ können wir aber unsern Verpflichtungen auch nicht nachkommen! Also nur „entblößen“. Sonst —! — Siebenter: Adr. geordn. Hf. mehr. — Kothor Koppel: Alles notirt. R. wird besorgt. Hf. mehr. — Lionel: Adr. u. Hf. notirt. „Unterirdisches Russland“ ist vergriffen. Weiteres Hf. — J. P. C.: Nr. 6 — 2 Ab. 4. Du. erh. —

Zur allgemeinen Beachtung.

Da infolge der Uebersiedlung des „Sozialdemokrat“ und der Volksbuchhandlung letztere hier einzieht, ist der Schriftenvertrieb für die Schweiz der Expedition der „Arbeiterstimme“ übergeben worden. Bestellungen auf den „Sozialdemokrat“, sozialdemokratische Schriften und Gelder hierfür sind daher aus der Schweiz vom 3. Oktober ab ausschließlich an die

Zentrale der „Arbeiterstimme“

Walgertgasse Nr. 2, Niederdorfstraße Nr. 38, Ecke der Waler- und Niederdorfstraße,

zu richten, woselbst auch Bestellungen aller Art für die „Arbeiterstimme“ oder die Buchdruckerei Conzett entgegengenommen werden. Die noch ausstehenden Guthaben der Volksbuchhandlung sind ebenfalls binnen kürzester Frist dorthin zu entrichten. Wir empfehlen unsern Genossen den Schriftenertrieb bestens.

Volksbuchhandlung Göttingen-Jüriq.

Expedition der „Arbeiterstimme“

Gelder und Sendungen für die „Arbeiterstimme“ sind wir bisher nach Detenbachgasse 26 Jüriq zu senden.

St. Gallen Das Lokal der Mitgliedschaft deutscher Sozialisten befindet sich von jetzt an im Restaurant Fried, Linsenhäbstraße.

Der Ausschuss.

Schweiz. Genossenschaftsbuchdruckerei und Volksbuchhandlung von L. Gubler.